

## PROTOKOLL

-----  
der 11. Sitzung  
vom Dienstag, 14. August 2001  
17.00 - 19.45 Uhr  
Grossratssaal der Rathauslaube  
-----

Vorsitz: Peter Neukomm (SP) Präsident 2001

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmenzähler: Herbert Distel (CVP) und Wilhelm Hefti (SP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:  
Ratspräsident und 42 Mitglieder  
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung:

Hansueli Alder	(OeBS)
Dieter Amsler	(FDP)
Theres Brambrink	(FDP)
Peter Käppler	(SP)
Lotti Winzeler	(OeBS)
Peter Wullschleger	(CVP)
Edgar Zehnder	(SVP)

für den Schluss der Sitzung :

Ernst Gründler	(FDP)
Hans Peter Huber	(SVP)
Hans Ith	(SVP)
Stephan Schlatter	(SVP)

### Traktanden:

- 1. VdSR - Abgabe einer Teilfläche von ca. 1'300 m2 der städt. Parz. GB Nr. 8564 "Merishausertal", im Baurecht an die Firma Werner Scheidegger, Siebdruck + Werbung, 8245 F'thalen Seite 336**
- 2. INTERPELLATION Thomas Hauser (FDP)  
Ausgaben bei der Sozialhilfe Seite 339**

## PENDENTE GESCHÄFTE

### EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES

8.11.00	VdSR - Verselbständigung der Städt. Werke SH u. Neuhausen	SPK
14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
3.04.01	INTERPELLATION Bea Hauser (SP) Gefährdete Poststellen in Schaffhausen?	
2.05.01	VdSR - Kooperationsprojekt Forsthaus 2000: Definitive Weiterführung als zweite Gruppe in der städt. Kinderkrippe Forsthaus ab Januar 2002	SPK
8.05.01	INTERPELLATION Andres Bächtold (SP) "Verlotterte Gebäude sind auch Schulden"	
8.05.01	Vorlage des SR Richtplan Parkierung	SPK
15.05.01	MOTION Urs Tanner (SP) Finanzielle Anreize für mehr Krippen- und Hortplätze	
15.05.01	INTERPELLATION Iren Eichenberger (OeBS) "Jugendleitbild/Leistungsauftrag VSFZ"	
15.05.01	VdSR Neuauflage des Stellenplans per 1. Jan. 2001	GPK
4.06.01	Motion Rolf Amstad (SP) - Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen	
12.06.01	Motion Christian Hablützel (SP) - Keine Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Benken!	
18.06.01	INTERPELLATION Hans Peter Huber (SVP) - Alkoholausschank an Jugendliche unter 18 Jahren	
19.06.01	VdSR - Baurecht "Rheinhalde" (Ulmer/Zarotti Architekten, 8200 SH) GB Nr. 10'668 auf GB Nr. 9260 - Flächenreduktion	GPK
26.06.01	VdSR - GB Nr. 3930, Betonaufbereitungsanlage Solenberg; Umwandlung Pachtvertrag in Baurechtsvertrag	GPK
26.06.01	VdSR - GB Nr. 4442, Belagsaufbereitungsanlage Solenberg; Umwandlung Pachtvertrag in Baurechtsvertrag	GPK
25.06.01	MOTION Peter Wullschleger (CVP) im Namen der Fraktions- gemeinschaft FDP/CVP u. SVP/EDU - Gesunde und attraktive Finanzen	
24.07.01	VdSR - Sanierung und Aufwertung einzelner Zivilschutzanlagen	SPK
14.08.01	INTERPELLATION Raphaël Rohner (FDP) - Gewährleistung der öffentl. Sicherheit u. Schutz von Eigentum	

#### Kleine Anfragen von

Susanne Günter (FDP)	Gestaltung der Oberfläche des Herrenackers	05.06.01	8/2001
Christian Meister (SVP)	Ausbau des Gasleitungsnetzes nach Beringen	16.07.01	9/2001
Christian Meister (SVP)	Energieversorgung KSS	16.07.01	10/2001
Christian Bächtold (FDP)	Sporthallen	21.07.01	11/2001
Christian Bächtold (FDP)	Zusammenlegung der Verwaltungen Verkehrsbetriebe u. Schifffahrt U'see u. Rhein	2.08.01	12/2001

## BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

---

**Traktandum 1 VdSR - Abgabe einer Teilfläche von ca. 1'300 m2 der städt.  
Parz. GB Nr. 8564 "Merishausertal", im Baurecht an die Firma  
Werner Scheidegger, Siebdruck + Werbung, 8245 Feuerthalen**

---

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage vom 19. Juni 2001 zu und heisst den Antrag des SR mit **42 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

*Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe einer Teilfläche des Grundstückes GB Nr. 8564 "Merishausertal", von ca. 1'300 m<sup>2</sup>, im Baurecht an die Firma Werner Scheidegger, Siebdruck + Werbung, 8245 Feuerthalen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 19. Juni 2001 genannten Bedingungen zu.*

Das Geschäft ist erledigt.

## **Traktandum 2 INTERPELLATION Thomas Hauser (FDP) Ausgaben bei der Sozialhilfe**

---

Die Interpellation wurde von Stadtrat Thomas Feurer beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Geschäft ist erledigt.

### **BEGRÜSSUNG**

**Ratspräsident Peter Neukomm (SP)** eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

Er nimmt Bezug auf das vergangene Festwochenende **SH 500**, welches in jeder Hinsicht ein Volltreffer gewesen sei. Er denkt dabei nicht nur an den offiziellen Festtag sowie an das Volksfest, sondern auch an die vielen anderen Veranstaltungen, die über das ganze Jahr unter dem Patronat SH 500 stattgefunden haben bzw. noch stattfinden. "Auch wenn es eine kantonale Feier war, darf die Stadt stolz sein auf ihren Beitrag, ohne den dieses Fest nicht denkbar gewesen wäre. Es ist mir an dieser Stelle deshalb ein Anliegen, allen Leuten, die in irgend einer Art und Weise zu diesem erfolgreichen Anlass beigetragen haben, ganz herzlich zu danken. Mein Dank gilt dabei nicht nur denjenigen, die hier in diesem Rat sitzen - es hat hier eine ganze Anzahl von Leuten, welche an wichtiger Stelle dazu beigetragen haben - sondern allen HelferInnen im Hintergrund, speziell auch den MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, welche in "Zig-Tausend" Frau- und Mann-Stunden dafür gesorgt haben, dass alles reibungslos geklappt hat."

### **MITTEILUNGEN**

Der Ratspräsident begrüsst als **neues Ratsmitglied Werner Schlatter**, welcher auf der Liste der **SVP** als Nachfolger für den zurückgetretenen Peter Happle nachgerückt ist. Er wünscht ihm interessante Stunden im Parlament.

## **Neu eingegangene Geschäfte:**

### **24.07.01 VdSR - Sanierung und Aufwertung einzelner Zivilschutzanlagen**

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft einer 11er-SPK zur Vorberatung zuzuweisen. Einladende Partei ist die OeBS.

Der Rat folgt diesem Vorschlag stillschweigend:

Zusammensetzung der SPK:

SP: Mariann Keller, Rolf Amstad, Wilhelm Hefti

FDP/CVP: Walter Hotz, Oskar Brüttsch, Herbert Distel

SVP/EDU: Hans Ith, Stephan Schlatter, Josef Eugster

OeBS/EVP/GB: Alfons Cadario, Paul Bösch

Die erste Sitzung findet statt am 17.09.01.

### **14.08.01 INTERPELLATION Raphaël Rohner (FDP) - Gewährleistung der öffentl. Sicherheit u. Schutz von Eigentum**

Dieser Vorstoss wird auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung gesetzt.

## **Kleine Anfragen:**

- |   |  |          |
|---|--|----------|
| 9 Christian Meister (SVP)   | Ausbau des Gasleitungsnetzes nach Beringen   | 16.07.01 |
| <u>Bernhard Egli (OeBS)</u>   | Persönliche Erklärung:<br>"Sie wissen es, ich bin kein Fan von Kleinen Anfragen. Sie berauben den Rat von interessanten Diskussionen. Die Kleine Anfrage von Chr. Meister (Lauf-Nr. 9) ist hoch interessant und bietet politischen Diskussionsstoff. Ich finde es sehr schade, dass dieses Thema in trockener Papierform abgehandelt werden soll. Ich bitte deshalb den "Kleinen Anfrager", seinen Vorstoss in eine Interpellation umzuwandeln."<br><u>Ratspräsident P. Neukomm</u> : "GrSR Meister hat dieses Votum gehört. Es liegt an ihm, die Konsequenzen zu ziehen."<br><u>Stadtpräs. Marcel Wenger</u> würde gerne zu diesem Thema in "offener Feldschlacht" Stellung beziehen. "Ich warte auf die Interpellation und warte mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage zu, bis die Interpellation eintrifft." |          |
| 10 Christian Meister (SVP)  | Energieversorgung KSS  | 16.07.01 |
| 11 Christian Bächtold (FDP)   | Sporthallen  | 21.07.01 |
|   | Bei diesem Vorstoss bedauert es der <u>Ratspräsident P. Neukomm</u> in einer persönlichen Erklärung, dass er nicht in Form einer Interpellation eingereicht wurde.   |          |
| 12 Christian Bächtold (FDP)   | Zusammenlegung der Verwaltungen<br>Verkehrsbetriebe u. Schifffahrt U'see u. Rhein  | 2.08.01  |
| <i>Beantwortet wurde vom SR mit Datum vom 13.07.01 die Kleine Anfrage</i> |  |          |
| 4 Raphaël Rohner (FDP)  | Heizzeiten in den städtischen Schulhäusern<br>und mit Datum vom 14.08.01 die Kleine Anfrage  | 26.03.01 |
| 7 Verena Stutz (SP)   | Schulwegsicherung Kindergarten   | 03.05.01 |

Der **Ratspräsident** macht die Ratsmitglieder ferner auf folgende Dinge aufmerksam:

- Das **Leitbild der Stadt Schaffhausen** wird den Ratsmitgliedern an der heutigen Ratssitzung ausgehändigt. Es wurde vorgängig dem städt. Personal anlässlich zweier Veranstaltungen im Stadttheater präsentiert.
- Auf den Pulten liegt ferner die **Broschüre Volk - Parlament - Behörden** der Stadt SH.
- **Einladung der IG Velo zum Velorennen anl. Eröffnung SIG-Radwanderweg zum Randen** (im Rahmen eines nachhaltigen Projekts SH 500) am 9. Sep. 2001. Der Ratspräsident erinnert an diesen Anlass und ruft zum Mitmachen auf.
- **Einführung in das Thema WOV für (neue) Ratsmitglieder**  
**Mo 6. August 2001**  
 "Es gab bei diesem Anlass interessante Diskussionen vor allem auch über die Konsequenzen für unseren Rat und unsere Parlamentsarbeit. Ich denke, dass es weitere, vertiefende Auseinandersetzungen mit Chancen und Risiken von WOV braucht, bevor wir unseren Grundsatzentscheid über die flächendeckende Einführung werden fällen können.  
 In diesem Sinn hat das Büro veranlasst, dass die von Herrn Werner Bianchi an der Tagung abgegebene Dokumentation einschl. Zeitplan allen Ratsmitgliedern ausgehändigt wird. Diese Dokumentation liegt heute auf."
- **Ratsausflug: Dienstag, 21. August 2001** ab 13.00 h  
 Halbtagesausflug in den Schwarzwald mit Kantonsforstmeister Bruno Tissi.  
 Anmeldeschluss war Mo. 6. August 2001.  
 Der Ratspräsident bittet jene Ratsmitglieder, welche sich bis heute noch nicht angemeldet haben, dem Stadtratsweibel Hp. Pletscher bis Ende dieser Sitzung eine An- oder Abmeldung zukommen zu lassen.  
 Hinweis: ID oder Pass mitnehmen!
- **Ratssitzung vom Dienstag, 28. August (Reservedatum)**  
Diese Sitzung findet angesichts der Länge der Traktandenliste definitiv statt. (Sie muss jedoch um ca. 19.45 h beendet sein, da um 20.00 Uhr ein Vortragsabend des ED in der Rathauslaube stattfindet.)

## PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 10 vom 3. Juli 2001 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

## TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.  
 Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

**Traktandum 1 - VdSR - Abgabe einer Teilfläche von ca. 1'300 m<sup>2</sup> der städt. Parz. GB Nr. 8564 "Merishausertal", im Baurecht an die Firma Werner Scheidegger, Siebdruck + Werbung, 8245 Feuerthalen**

---

## EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in der SPK vorberaten.

**Hanspeter Meier (SVP)** Sprecher der GPK \*

"Für einmal erleben wir eine Ansiedlung eines Betriebes in umgekehrter Richtung. Statt unsere Stadt - aus welchen Gründen auch immer - in Richtung zürcherischer Nachbarschaft zu verlassen, verlegt eine Firma ihren Sitz von Feuerthalen nach Schaffhausen. Dies zeigt, dass bei einem entsprechenden Angebot unsere Stadt auch für Gewerbebetriebe durchaus interessant und attraktiv sein kann.

Zur Diskussion steht ein Grundstück im Merishausertal. Jene Parzelle wurde am 20. Juni 2000 der Firma Leu - Rüsi + Co. im Baurecht abgegeben. Diese Firma hat ihr bewilligtes Bauvorhaben in der Folge nicht realisiert und mit Schreiben vom 5. Juni 2001 auf das Baurecht verzichtet.

Über die neue Baurechtsinteressentin, ein Siebdruck- und Werbeunternehmen, gibt die Vorlage des Stadtrates im Detail Auskunft.

Bei der Baurechtsfläche handelt es sich um eine Teilfläche von 1'300m<sup>2</sup> von GB Nr. 8564. Das Nachbargrundstück, GB Nr. 8751 ist jene Parzelle, die im Zusammenhang mit der Erweiterung des Berufsbildungszentrums an der Hintersteig mit dem Kanton eingetauscht worden ist. In diesem Sinne legt die GPK Wert darauf, die Vorlage auf Seite 2, Absatz 1, Zeile 5 zu ergänzen mit der Angabe der "GB Nr. 8751".

Die Vergabebedingungen und namentlich der m<sup>2</sup>-Preis netto von Fr. 135.-- korrespondieren mit anderen Baurechtsflächen in unmittelbarer Umgebung.

Die GPK hat sich von Liegenschaftenverwalter Hansruedi Schlatter und vom Baureferenten Kurt Schönberger über dieses Geschäft orientieren lassen. Sie empfiehlt Ihnen einmütig Eintreten und Zustimmung zur Vorlage des Stadtrates.

Beim Antrag des Stadtrates ist das Datum zu korrigieren: Statt 19. Juni 2000 muss es 19. Juni 2001 heissen."

**Hanspeter Meier (SVP)** Fraktionserklärung SVP/EDU und FDP/CVP \*

"Ich kann Ihnen die Zustimmung der SVP/EDU und FDP/CVP-Fraktionen bekannt geben."

**Andres Bächtold (SP)** Fraktionserklärung \*

"Die SP-Fraktion bedauert es zwar, dass das Schaffhauser Unternehmen, aus was für Gründen auch immer, dieses Baurecht nicht realisieren konnte. Erfreut sind wir aber, dass schnell Ersatz gesucht und gefunden wurde. Bei einer andern, an eine renommierte Firma vergebene Baurechtsliegenschaft, scheint das schwieriger zu sein. Die Villa steht, aus was für Gründen auch immer, leer, und das sehr zum Bedauern insbesondere der ehemaligen BaurechtsmitbewerberInnen. Das ist aber eine andere Geschichte. Hier nehmen wir jedenfalls erfreut zur Kenntnis, dass es sogar gelungen ist, eine Firma über den Rhein zu lotsen.

Wir hoffen, dass die Gebäulichkeiten bald bezogen werden können. Wir werden der Vorlage selbstverständlich zustimmen."

**Peter Möller (GB)**

Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB

"Die OeBS/EVP/GB-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. Eine Bemerkung möchte ich trotzdem noch anbringen. Trotz der von bürgerlicher Seite herauf beschworenen "Steuerhölle" Schaffhausen ist es nach wie vor möglich, Firmen hier anzusiedeln."

**Roland Schöttle (FDP)** verweist auf die Vorlage Seite 2 bezüglich Baurechtszins:

"*Verzinsung des Landwertes zum Satz der Schaffhauser Kantonalbank für 1. Althypotheken, zur Zeit 4 1/4 %.*" Er fragt, ob der Begriff Althypotheken noch zutreffend sei, nachdem heute nurmehr von Fest- und flexiblen Hypotheken die Rede sei.

**Stadtrat Kurt Schönberger** Stellungnahme des Stadtrates

"Ich habe zur Vorlage selbst nicht viel zu sagen. Es wurde bereits alles gesagt. Ich nehme die Frage von Roland Schöttle gerne auf. Wir werden uns in der GPK unterhalten, ob der bisher verwendete Begriff noch seine Richtigkeit hat oder nicht. Zum Geschäft selbst habe ich nichts zu sagen, ausser meiner Freude Ausdruck zu geben, dass es gelungen ist, eine Firma aus der direkten Zürcher Nachbarschaft nach Schaffhausen zu holen."

Der Ratspräsident stellt fest, dass Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

**EINTRETEN ist somit beschlossen.**

#### **DETAILBERATUNG**

**Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin** verliest die Seiten 1 - 3 der Vorlage.

Es werden keine Bemerkungen angebracht.

#### **ANTRAG**

**Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin** verliest den Antrag auf Seite 3 der Vorlage.

*Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe einer Teilfläche des Grundstückes GB Nr. 8564 "Merishausertal", von ca. 1'300 m<sup>2</sup>, im Baurecht an die Firma Werner Scheidegger, Siebdruck + Werbung, 8245 Feuerthalen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 19. Juni 2001 genannten Bedingungen zu.*

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

#### **SCHLUSSABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage vom 19. Juni 2001 zu und heisst den Antrag des SR mit **42 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

## Traktandum 2 - INTERPELLATION Thomas Hauser (FDP) Ausgaben bei der Sozialhilfe

---

### Thomas Hauser (FDP) Begründung \*

"Die Zahl der Fürsorgefälle ist in der Stadt Schaffhausen ständig im Ansteigen begriffen. Parallel dazu nehmen natürlich auch die Ausgaben im Bereich der Sozialhilfe markant zu. Dies interessanter Weise im Gegensatz zu umliegenden Gemeinden in und ausserhalb unseres Kantons - und dies vor allem in wirtschaftlich nicht angespannten Zeiten. Dazu sprechen die Zahlen in der Jahresrechnung 2000 auf den Seiten um 166 eine deutliche Sprache.

Wo liegen die Hintergründe für diese Entwicklung - oder was sind die Ursachen? In diesem Zusammenhang wird sehr viel vermutet und spekuliert:

- Die einen meinen, Gesetze des Kantons seien dafür verantwortlich zu machen.
- Andere behaupten, es habe sich ein Sozialtourismus in Richtung städtische Agglomerationen entwickelt, da man sich in solchen Gebieten besser in die Anonymität abmelden könne als in ländlichen Kleingemeinden!
- Wieder andere sehen den Hintergrund der massiven Kostensteigerungen in einem zu largen Kontrollsystem oder einem falschen Zahlungssystem.
- Und gar Missbräuche seitens der Sozialhilfe-BezügerInnen werden gewittert.

Wenn wir jetzt zu dieser Hintergrundforschung hier im Saal eine Meinungsumfrage starten würden, könnte man den Argumentenkatalog wahrscheinlich noch etwas verlängern. Und genau das ist ein Kernpunkt unserer Interpellation; nämlich, die Ursachen der unerfreulichen Entwicklung einmal in einem grösseren Plenum im Beisein der Medienschaffenden zu hinterfragen.

Das alleinige Hinterfragen bringt uns aber in finanzpolitischer Hinsicht nicht weiter. Es müssen Kurskorrekturen gefunden werden. Auch in diesem Bereich, meine Damen und Herren, gibt es wohl sehr viele Ansatzpunkte. Ich nenne Ihnen vier Lösungsansätze, die vor rund einem Jahr innerhalb der bürgerlichen Fraktionen, anlässlich einer Klausurtagung, erarbeitet wurden:

1. Zur Überwachung der schwierigen Sozial- oder Fürsorgefälle muss ein Kontrollsystem eingeführt werden.
2. Die Arbeitsprogramme für Ausgesteuerte müssen weitergeführt werden.
3. Es müssen Rückkehr-Anreize für nicht Intergrationswillige geschaffen werden.
4. Der eingesetzte "Fürsorge-Tourismus" muss unterbunden werden.

Auch diesen Katalog könnte man mittels Saalumfrage wahrscheinlich erweitern. Und das ist der zweite Kernpunkt dieses Vorstosses. Hier müssen wir Lösungsansätze suchen und diskutieren, denn mögliche Massnahmen müssen von allen getragen werden können.

Obwohl es sich hier um ein grosses und wichtiges Thema handelt, kann ich mich mit der Begründung kurz halten, denn Sie alle wissen aus den Jahresrechnungen der

Stadt Schaffhausen der letzten Jahre, worum es geht. In diesem Sinne will ich jetzt auch nicht sagen: *Mit Spannung blicke ich der Antwort des Stadtrates entgegen*. Als Mitglied der ständigen Kommission für soziale Belange kann ich mir die Antwort, und das sage ich nicht etwa abwertend, in etwa vorstellen. Es geht mir vielmehr um eine breit abgestützte Diskussion, in der allenfalls Lösungen, die sinnvoll und mehrheitsfähig sind, gesucht und gefunden werden können. Was, wie im Interpellationstext erwähnt, in anderen Gemeinden möglich ist, sollte doch auch bei uns praktikabel sein. In diesem Sinne erwarte ich heute Abend im Anschluss an die sicher sehr aufschlussreiche Antwort des Stadtrates, eine fruchtbare Diskussion.

Somit danke ich Ihnen vorerst für Ihre Aufmerksamkeit."

### **Stadtrat Thomas Feurer**

Antwort des Stadtrates \*

**Zu Beginn der stadträtlichen Ausführungen werden den Ratsmitgliedern diverse Statistiken und Grafiken ausgehändigt.**

#### **Einleitung**

"Nachdem die Jahresrechnung 2000 versandt wurde, hatten Sie es schwarz auf weiss: die Sozialhilfeausgaben der Stadt haben sich im letzten Jahr nicht budgetkonform, sondern gemäss unseren wiederholten Warnungen in der Sozialhilfekommission und in den Medien verstärkt negativ entwickelt. Ich danke den Interpellanten deshalb für die Möglichkeit zu einer ausführlichen Würdigung der Situation zu Händen des Parlamentes und der Öffentlichkeit. Bitte erlauben Sie mir, die beiden Fragen der Interpellation zusammen zu beantworten, da die Unerfreulichkeit der Entwicklung keines besonderen Kommentars bedarf und sich die zweite konkrete Frage auf den Gemeindevergleich bezieht, der aber nur in einem grösseren Kontext aussagekräftig ist. Dazu ist zu sagen, dass wir zwar im interkantonalen Kommunenvergleich bezüglich unserer Verlaufskurve ausscheren, die Gemeinde Neuhausen aber mit fast 30 Prozent höheren Nettoausgaben eine analoge Entwicklung erlebt hat.

Nicht zuletzt möchte ich mit meiner Interpellationsantwort Vorbehalten entgegentreten, die den Eindruck erwecken könnten, die Stadt Schaffhausen und insbesondere die Grosszügigkeit des Schaffhauser Sozialreferates lade potentielle Sozialhilfeempfänger und -Empfängerinnen zur Wohnsitznahme und der Beanspruchung unserer Leistungen ein. Ich hoffe, dass Sie nach meinen Ausführungen ein differenzierteres Bild über die Ursachen und Wirkungen im angesprochenen Umfeld haben und als 'Mehrwissende' vereinfachenden Erklärungen mit Argumenten begegnen werden. Dabei wiederhole ich gerne, dass der Staat alleine mit der Ursachenbehebung überfordert ist und diese nur mit Ihrer Hilfe und der Mitverantwortung aller Bevölkerungskreise möglich sein kann.

#### **Gliederung der Ausführungen**

Meine Ausführungen werden sich in die folgenden Hauptgebiete gliedern:

1. Wirtschaftliches Umfeld
2. Arbeitslosen- versus Sozialhilfezahlen
3. Kosten
4. Anzahl Betroffene und Wanderungsbewegungen
5. Auswirkungen auf die Sozialhilfe
6. Massnahmen
7. Schlussfolgerung

## 1. WIRTSCHAFTLICHES UMFELD

---

Jede Aussage zur sozialen Situation kann nur im Kontext zur wirtschaftlichen Situation richtig interpretiert werden. Deshalb erlaube ich mir, kurz einen Blick aus der Sicht des Sozialreferenten auf unser aktuelles Umfeld zu werfen. Wie Sie der Presse und den Kennzahlen der Kantonalbank aus den Erhebungen des Gewerbeverbandes entnehmen können, haben wir auf der einen Seite eine markante Verbesserung der Umsatz- und Ertragszahlen bei den Industriebetrieben und einem Teil des Dienstleistungsgewerbes zu verzeichnen, während dem der Detailhandel und das Gewerbe nach wie vor über eine zu geringe Auslastung und schlechte Deckungsbeiträge klagen. Es muss leider festgestellt werden, dass die international ausgerichtete Schaffhauser Wirtschaft - bis jetzt noch - läuft und die auf den Heimmarkt angewiesene immer noch nicht abgehoben hat. Dies ganz im Gegensatz zur Wirtschaftsregion Zürich, die schon direkt zum Überflieger geworden ist. Ausdruck dieser Stärke sind die traumhaft gestiegenen Steuereinnahmen von Stadt und Kanton Zürich, die dieser Region weitere Steuersenkungen erlauben werden, während unser Steuerklima im Vergleich wenig attraktiv ist. Die Stadt Zürich hat über eine halbe Milliarde Franken mehr eingenommen als budgetiert. Schaffhausen darbt also immer noch, und die Sozialhilfe ist ein verlässlicher Indikator für die wirtschaftliche Prosperität. Zur Erinnerung muss ich die negative Bevölkerungsentwicklung erwähnen, aus der ersichtlich wird, dass uns nicht die Sozialhilfeabhängigen verlassen, sondern dass Schaffhausen aufgrund des ungünstigen Wohnungsangebotes - viele kleine, billige 2-, 3- und 4-Zimmerwohnungen zu einem attraktiven Aufenthaltsort für sozial schwächere Personen gemacht wird. Der Sozialreferent verweist in diesem Zusammenhang auf die entsprechenden Wohnungsinserate Seite 10 der SN vom 14. August 2001.

In Zürich ist der Markt für dieses Wohnungssegment praktisch ausgetrocknet und wir stellen mit grosser Besorgnis einen spürbaren Zuzug aus dieser Region fest.

## 2. ARBEITSLOSENZAHLEN VERSUS SOZIALHILFEZAHLEN

---

Die Arbeitslosenzahlen kontrastieren auffällig zu den Sozialhilfezahlen, da sie uns seit zwei Jahren ein scheinbar positives Bild der Beschäftigungslage vermitteln und suggerieren. Als kommunale Realität stellen sich diese Botschaften aber mindestens zu einem Teil so dar, dass die ausgesteuerten Arbeitslosen direkt zur Sozialhilfe wechseln und damit von der Statistik - eine schweizerische Eigenart - nicht mehr erfasst werden. Wir schätzen, dass rund 50 bis 70 % aller Betroffenen mit erschöpften Rahmenfristen im letzten Jahr in diese Kategorie gehörten.

Neben diesen unerfreulichen Aspekten nutzen wir seit 1983 die Möglichkeit, arbeitslose Personen in Beschäftigungsprogrammen einigermaßen fit zu halten oder ihnen mit entsprechender Programmdauer zu neuen Rahmenfristen zu verhelfen. Wie sie aus der **Beilage 1 (Registrierte Arbeitslose im Kanton Schaffhausen)** herauslesen können, waren die Beschäftigungsprogramme während dem Maximum von über 5% Arbeitslosen im Kanton Schaffhausen die einzige Möglichkeit, vielen, vor allem ungelerten Arbeitnehmern, eine sinnvolle Tagesstruktur zu bieten. Mit der Änderung der Arbeitslosengesetzgebung des Bundes vom Januar 1997 wurden Programme und Weiterbildungsmassnahmen obligatorisch, ohne dass diese aber neue Rahmenfristen bewirkten.

Wenn Sie die **Grafik 1 Arbeitslosenzahlen** anschauen, so können Sie in den letzten zwei Jahren einen markanten Abriss in der Kurve der Arbeitslosenzahlen feststellen.

Von diesem Abriss ist jedoch ein beträchtlicher Teil direkt bei der Sozialhilfe gelandet und wird wie erwähnt in der AL-Statistik nicht mehr erfasst.

Damit die aus den neuen Rahmenfristen zu erwartende hohe Anzahl von Ausgesteuerten nicht direkt zu Sozialhilfebezüglern wurden und damit direkt die Gemeinden belasteten, wurde das kantonale Arbeitslosenhilfegesetz (AHG) lanciert und im Juni 1997 vom Stimmvolk angenommen. Für ausgesteuerte Arbeitslose stand somit ein neues nicht kommunales Gefäss zur Verfügung, mit dem die Reintegration in den Arbeitsmarkt gefördert werden konnte und ausserdem neue Rahmenfristen für die Arbeitslosenhilfe des Bundes generiert werden konnten. Erst nach Ausschöpfung dieser letzten Finanzierungsrunde war der Gang auf die Sozialhilfe die Folge. Es ist nachweisbar, dass die Stadt Schaffhausen und die von Arbeitslosigkeit betroffenen Gemeinden markant von dieser Solidaritätsleistung der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und des Kantons profitieren konnten. Nicht zuletzt drückte sich dies in guten Vergleichszahlen zu anderen Städten aus.

Die Anzahl der **ATG (Anschluss-Taggelder) -BezügerInnen (Beilage 2)** zeigt nun seit Mitte 2000 einen starken Rückgang auf, also bei jenen Leuten, die über das AHG in Anschlussprogramme geführt werden konnten. Ein Teil davon hat eine Stelle gefunden, ein grösserer Teil musste sich jedoch bei der Sozialhilfe melden.

Leider stellen wir bei vielen endgültig Ausgesteuerten neben sprachlichen Defiziten, mangelnder Allgemeinbildung und Sozialkompetenz grosse psychische Probleme fest, ohne deren Bewältigung keine Reintegration möglich ist. Diese komplexen Fallbilder können nur unter Mithilfe von Spezialisten gelöst werden. Dies erfordert eine Investition. Wir sind daran, zusammen mit dem Kanton ein Modell zur gezielten Verbesserung dieser Defizite umzusetzen.

### **3. KOSTEN**

#### **Rechnung 2000 versus 1999**

Wie aus den **Beilagen 3a und 3b (Rechnungs- und Budgetvergleich 2000)** ersichtlich ist, hat sich der Nettoaufwand gegenüber 1999 im Jahr 2000 um 23.4% erhöht. Dazu beigetragen haben diverse Budgetpositionen in ganz unterschiedlichem Ausmass. Damit beginnt eine Differenzierung. Während die reinen Unterstützungen für Haushalte 'nur' um 13% gestiegen sind (Summe Positionen 5840/60/70.366.10) sind die Aufwendungen im Bereich Heime/Spitäler (Summe Positionen 5840/60/70.364.10) um ganze 37% angestiegen. Da bei dieser letzten Position erfahrungsgemäss nur mit geringen Einnahmen oder Rückerstattungen zu rechnen ist, machen sie vom Netto-Gesamtaufwand 38% aus. Im Jahr 2000 waren von 822 Fällen, die Sozialhilfe bezogen, 91 aus der Gruppe der Klienten, die in Heimen oder Spitälern sind. Das heisst, dass für diese 11% der Fälle 38% (!!!) unserer Gesamtkosten aufgewendet wurden. Die starke Zunahme bei den Heimkosten ist vor allem auch eine direkte Folge der Schliessung der Repfergasse und der damit verbundenen Motivation zum Einstieg in Langzeit-Rehabilitationen.

#### **Zentrumsfunktion am Beispiel der Drogenklientinnen und -Klienten**

Zur Illustration der sozialen Zentrumslasten sei hier auf die typische Funktion eines regionalen Zentrums hingewiesen, das sich bei den Drogenabhängigen in krasser Weise äussert. Von den 11 Personen, die sich zur Zeit in einer (sehr teuren) Langzeit-Drogenrehabilitation befinden, sind:

- 3 seit Geburt in Schaffhausen
- 3 seit mindestens 6 Jahren in Schaffhausen
- 5 seit weniger als 3, aber mehr als 2 Jahren in Schaffhausen angemeldet

Leider sind alle dieser letzten Gruppe also mehr als 2 Jahre bei uns, so dass sämtliche Kosten von der Stadt übernommen werden müssen. Da mutet es schon bedenklich an, wenn uns gewisse Gemeinden unterstellen, die Drogenproblematik sei (Originalton) unser eigenes Problem. Da sich in Schaffhausen - wie in allen Zentren - die Einrichtungen für den Notbedarf der Süchtigen (Schärme, Gassenküche, Tasch) konzentrieren, und wir zudem für die Betroffenen mit den sehr erfolgreichen Taglohnprogrammen niederschwellige Arbeitsmöglichkeiten anbieten, wird diese Solidaritätsleistung für eine ganze Region durch unsere Nachbargemeinden aus meiner Sicht absolut ungenügend mitgetragen. Leider bestehen aber keine gesetzlichen Grundlagen oder gerechtere Verteilschlüssel, die dieses Problem in naher Zukunft lösen. Die Idee, alles zu schliessen, würde nicht dazu führen, dass die Leute nicht mehr in Schaffhausen wären, weil der Anonymitätsschirm die Hauptattraktivität der Stadt ist.

### **Pro Kopf-Ausgaben im Städtevergleich**

Im Städtevergleich machen folgende Städte mit: Basel, Bern, Frauenfeld, Luzern, St. Gallen, Winterthur, Zürich, Lausanne und Schaffhausen. Unsere Stadt wies in allen Perioden seit 1998 sowohl bei der Sozialhilfedichte (Fälle im Vergleich zur Bevölkerung) als auch bei den Kosten pro Fall unterdurchschnittliche Zahlen aus. Das spricht für den sorgsamem Mittelumgang unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und entspricht auch dem Leitbild des Sozialreferates, das unter den Titeln *'Umsicht und Rücksicht'* unsere Verantwortung für den Mittelumgang und den Ansprüchen unserer Klienten betont. Auch im Jahre 2000 steht die Stadt Schaffhausen sowohl bei der Sozialhilfedichte als auch bei den Kosten pro Fall trotz den markant gestiegenen Kosten im Städtevergleich gut da.

Die wichtigsten Eckdaten lauten im Vergleich zu unseren Nachbarstädten Zürich, Winterthur und Frauenfeld:

<u>Stadt</u>	<u>Zürich</u>	<u>Winterthur</u>	<u>Frauenfeld</u>	<u>Schaffhausen</u>
Sozialhilfedichte/1'000 Einw.:	53	39	keine Angabe	40
Fallkosten netto:	10'487.--	11'377.--	5'995.--	4'806.--

Diese Zahlen sprechen für den sorgsamem Umgang der Leute unseres Amtes mit den Steuergeldern.

Die wichtige Anhaltspunkte aus diesem Führungsinstrument lauten:

- Die tiefe Kluft zwischen den Fallkosten der grossen Städte wie Bern, Basel und Zürich zu Schaffhausen ist im Vergleich über die Jahre etwas kleiner geworden.
- Im Gegensatz zu Schaffhausen, das eine weitere Fallzunahme für das Jahr 2000 zu verzeichnen hatte, gab es bei den Grossstädten einen leichten Rückgang.
- Schaffhausen hat am meisten Personen in arbeitsmarktlichen Massnahmen. Keine andere Stadt nutzt diese Möglichkeiten so konsequent wie wir und verpflichtet arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger nach dem Prinzip Leistung für Gegenleistung zu einer Beschäftigung.

- Diverse andere Städte melden ihre Klienten - wenn immer möglich - sofort bei der IV an. Aus der **Beilage 4 (Folie 11.2 ff.: Abgangsfälle)** können Sie ersehen, wie so zum Beispiel in St. Gallen fast doppelt so viele Fälle wie in Schaffhausen an die IV 'abgeschoben' werden konnten. Natürlich ist dies eine erfolgreiche Politik aus finanzpolitischer Sicht der betreffenden Stadt. Aber Sie müssen einmal die Haltung dahinter sehen, wenn man jeder Person, welche über eine längere Zeit Sozialhilfe bezieht, sagt: "Du bekommst erst wieder Geld, wenn Du dich bei der IV anmeldest." Irgendwann bezahlt dies eine andere Kasse, welche auch wieder die Allgemeinheit trifft. Ein Kommentar zu solchen Schwarzpeter-Praktiken erübrigt sich.

### **Nachtragsbegründungen in der Rechnung 2000**

Die zahlreichen Sternchen\*-Positionen in der Rechnung 2000 zeigen auf, dass wir mit diversen Nachtragskrediten auf die ständig wachsende Anzahl von Sozialhilfesuchen reagieren mussten. Mit pragmatischen Mitteln sowohl beim Personaleinsatz als auch beim Sachaufwand versuchten wir, den Administrativaufwand möglichst gering zu halten. Trotzdem sind die sozialen Dienste dringend auf eine Konsolidierungsphase angewiesen, und wir hoffen deshalb auf eine baldige Stabilisierung der Lage. Diese ständige Zunahme belastet unseren Betrieb ganz gewaltig. Dabei sei auch an die Vorlage des Sozialreferates vom 29. Februar 2000 über Stellen- und organisatorische Anpassungen erinnert, die Sie im Juni 2000 ohne Gegenstimme überwiesen haben. Wir gingen damals nach einer nochmaligen Zunahme im ersten Semester von einer mittelfristigen Abnahme der Fallzahlen aus. Leider sind diese Hoffnungen nicht eingetreten und haben sich in der Stadt und in Neuhausen in entsprechenden Kostensteigerungen ausgedrückt. In diesem Kontext hat die heutige Diskussion auch etwas den Charakter einer nachverlegten Rechnungsdebatte.

Bitte berücksichtigen Sie bei Ihren Überlegungen, dass gestiegene Ausgaben auch immer einen entsprechend höheren Arbeits- und Betreuungsaufwand, bzw. Personalkosten bedeuten. Auffallend ins Gewicht fallen ausserdem erhöhte Infrastrukturkosten, da sowohl die Netzwerkperformance als auch die Serverkapazitäten gemäss KSD nicht mehr ausreichen, um das neue Programm und die gestiegenen Datenmengen zu bewältigen. Das Sozialreferat benötigte einen eigenen Server bei der KSD und eine direkte Glasfaserverbindung, weil die Datenmengen mit den alten Leitungen nicht mehr bewältigt werden konnten. Das hatte ebenfalls Kosten zur Folge. Wir sind ständig am Nachvollziehen von Ereignissen, die uns mit diesen gestiegenen Fallzahlen in diese Bredouille bringen.

### **Ausblick auf das Jahr 2001**

Ich bedaure es etwas, dass ich Ihnen die Antwort nicht Ende April geben konnte. Ich war damals parat. Damals sah die Situation rosiger aus als heute. Für das laufende Jahr besteht trotzdem noch die Hoffnung, dass wir eine Trendwende schaffen. Wir sind nach den letzten drei Monaten zwar eher wieder ernüchert, denn der Vergleich Ende April zeigte noch bedeutend bessere Vergleichswerte. Wie Sie den **Beilagen 5a und 5b (Rechnungs- und Budgetvergleich bis Ende Juli 2001)** entnehmen können, sind wir im Jahresvergleich der Rechnung bei einem Plus von 1.2%, im Budgetvergleich übertreffen wir die Erwartungen nach den ersten guten Quartalswerten leider erneut.

Dies hat damit zu tun, dass wir bei der Budgetierung im August des Vorjahres keine verlässlichen Indikatoren besaßen und uns dank den wirtschaftlichen Erholungsanzeichen eine leichte Korrektur nach unten angezeigt schien.

Die hohen Kosten für Heim- und Spitalaufenthalte steigen infolge des stetigen Anstiegs im Vorjahr im Jahresvergleich immer noch und könnten sich erst bis zum Jahresende stabilisieren. Im Budget 2001 haben wir versucht, diese Tatsache zu berücksichtigen. Zu Ihrer Information handelt es sich bei dieser Position um Kosten für Drogenrehabilitationen, fremdplatzierte Jugendliche, Sonderschulmassnahmen, die durch die Sozialhilfe zu begleichen sind; Lehrlingsheime und Deckungslücken von Personen, deren Renten nicht zur Bezahlung der Heimkosten ausreichen. Eine interessante Zahl: Wenn wir einen Jugendlichen in eine Institution mit Schulung schicken müssen - hierfür gibt es einige Institutionen in der ganzen Schweiz -, dann bezahlen wir in der Grössenordnung Fr. 450.-- bis 650.-- pro Tag. Wir sind heute an einem Punkt angelangt, wo weder die Familien noch die Sozialhilfeeinrichtungen, die wir haben, weder ein Jugendheim noch andere Institutionen mit der Problematik dieser Jugendlichen umgehen können - Stichwort: 24 Std.-Begleitung für Delinquenz- oder Suizidgefährdete.

An dieser Stelle mache ich gerne noch eine Aussage zum Budgetfehler des Vorjahres, der einerseits durch zu optimistische Prognosen und Window-Dressing, aber auch durch eine, im schweizerischen Vergleich atypische Entwicklung in Schaffhausen zustande kam. Nur in den Kantonen Genf, Wallis und in Schaffhausen konnte eine markante Zusatzbelastung der kommunalen Kassen beobachtet werden. Alle drei verfügen über kantonale Anschlussstaggeldsysteme, die den Anstieg vorübergehend bremsen konnten. Wichtig bleibt damit - dies ein Hinweis an die städtischen VertreterInnen im Grossen Rat -, dass die Stadt als Hauptbetroffene weiterhin von den Leistungen des kantonalen Sozialfonds profitieren kann und Kürzungswünsche im Grossen Rat mit Blick auf gesunkene Arbeitslosenzahlen aus städtischer Sicht vorläufig abgewiesen werden müssen.

#### **4. ANZAHL BETROFFENE UND WANDERUNGSBEWEGUNGEN**

##### **Dossierentwicklung von 1998 bis heute**

Zur Illustration der Entwicklung der Fallzahlen gebe ich Ihnen die Zahlen der letzten 3 Jahre bekannt. Dabei handelt es sich um die Anzahl Dossiers, die im entsprechenden Zeitraum geöffnet wurden, um Zahlungen zu tätigen. Da diese Dossiers auch ganze Familien betreffen, müssen die Fallzahlen mit dem Faktor 1.7 multipliziert werden, um die effektiv betroffene Personenzahl zu ermitteln.

Fallzahlen	1998	1999	2000	aktuell (Stand 30 . April 2001)
	<b>741</b> (1250)	<b>786</b> (1340)	<b>822</b> (1400)	<b>604</b> (1090)

Beim aktuellen Stand von 604 handelt es sich um alle offenen Dossiers bei den Sachbearbeiterinnen und -Bearbeitern. Ein Dossier bleibt dabei solange offen, bis 6 Monate kein Zahlungsausgang mehr getätigt wurde.

## Zuzugsorte nach Kantonen, SH-Gemeinden

Zu den Wanderungsbewegungen haben wir eine spezielle Untersuchung angestellt, die die Herkunftskantone und -Gemeinden transparenter machen soll. Dabei stellten wir folgende Eckwerte fest:

- Die Attraktivität des regionalen Zentrums für sozial schwächere Personen scheint ungebrochen.
- Die Gründe sind Anonymität und (vermeintlich) bessere Perspektiven.  
Ich kenne einen Fall aus einer grösseren SH-Gemeinde, wo eine Gemeindepräsidentin einer Familie, die heute bei uns "am Tropf hängt", empfohlen hat, nach Schaffhausen zu ziehen, weil dort wesentlich bessere berufliche Perspektiven für den Mann vorhanden seien. Dieses Beispiel könnte ich mehren. Es gilt in der Schweiz für Schweizer BürgerInnen die Niederlassungsfreiheit. Diese Leute sind dann bei uns. Die frühere Wohngemeinde bezahlt allenfalls noch für die Dauer von max. 2 Jahren. Dann ist sie das Problem los. Wir in der Sozialhilfekommission hören dann in solchen Fällen bei den Verantwortlichen dieser Schaffhauser Ex-Wohngemeinden ganz leise die Champagnerkorken knallen. Für diese ist es ein grosser Erfolg, wenn eine solche Familie die Gemeinde verlässt.
- Rund ein Drittel aller Sozialhilfebedürftigen, die wir heute haben, sind in den letzten 5 Jahren zu- und sicher nicht mehr weggewandert.
- Die meisten Zuwanderungen erfolgen aus Schaffhauser Gemeinden.

In konkreten Zahlen ausgedrückt kamen in den letzten 5 Jahren von den sozialhilfeabhängigen ZuzügerInnen aus dem

Kt. Schaffhausen	<b>48%</b>	Neuhausen 101; Beringen 18; Stein am Rhein 16; Thayngen 13
Kanton Thurgau	<b>7%</b>	Diessenhofen 13
Kanton Zürich	<b>18%</b>	Feuerthalen und Flurlingen 26
übrige Schweiz	<b>12%</b>	
Ausland	<b>15%</b>	

Zum Aspekt der Zuwanderung gehört die Feststellung, dass Sozialhilfefälle gemäss ZUG (Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger) während zwei Jahren nach erfolgter Anmeldung an die Herkunftsgemeinden rückverrechnet werden können. Von den aktuellen Fällen per Ende April 2001 sind ca. 10 % weiterverrechenbar. Dieser Wert ist in den letzten Jahren ständig gesunken, was auf ein ungünstiges Verhältnis der Zu- bzw. Abwanderung von Betroffenen hinweist. Beim Beispiel der Drogenrehabilitationen habe ich Ihnen dieses Missverhältnis deutlich darstellen können. Erlauben Sie mir deshalb an dieser Stelle die Bemerkung, dass eine Kantonalisierung der Sozialhilfeausgaben im Hinblick auf eine Aufgabenentflechtung aus der Sicht des Sozialreferenten der Stadt sicher begrüssenswert wäre, und wenigstens die negativen finanziellen Aspekte der Zentrumsleistung ausgleichen würde. Die sozialen Auswirkungen sind wohl noch lange durch die Stadt zu tragen, jedenfalls hat sich bis jetzt keine Gemeinde bereit erklärt, z.B. den neuen Alkoholikertreff direkt vor meinem Büro, bzw. direkt vor dem Billigläden DENNER in der Vorstadt zu übernehmen, oder wenigstens ihre eigenen Alkis selbst zu betreuen. Auch hier sind etwa 1/3 bis die Hälfte Bewohner der Stadt, der Rest sind Auswärtige. Es ist nicht verboten, sich mit einem Hund auf den Boden zu setzen und sich voll laufen zu lassen. Wir versuchen, gemeinsam mit der Polizei dieses Problem zu lösen. Aber auch hier ist es so, dass die Instrumente der Polizei verdammt stumpf sind. Mit Tricks und Schlichen, z.B. durch Ausdehnung des

Gasthausverbotes, mit Zermürbungstaktik muss versucht werden, das Problem zu lösen, während dem mir Bankdirektoren, Anwälte und andere Leute anrufen und mich auffordern, diese Sache endlich in Ordnung zu bringen, da sich deren Kundschaft dort fürchtet. Sie haben offenbar das Gefühl, dass ich das Problem direkt verursache und es daher auch lösen kann.

## **5. AUSWIRKUNGEN AUF DIE SOZIALHILFE**

---

### **Fallzahlen pro Mitarbeiter**

Nachdem der Stadtrat schon im Februar 2000 eine befristete Stellenerhöhung bei den Sozialen Diensten bewilligte, wurde - wie bereits erwähnt - im Juni 2000 von diesem Parlament eine Organisationsanpassung und 120 zusätzliche Stellenprozente bewilligt.

Leider fiel im ganzen Jahr 2000 eine Mitarbeiterin krankheitshalber aus, so dass trotz des leicht erhöhten Gesamtstellenetats die Sozialberatung ihre Leistungen einschränken musste. Ich erwähne dies, weil die Sozialen Dienste inkl. der Amtsvormundschaft aufgrund der belastenden Arbeit - dies kann durch den Personaldienst statistisch belegt werden - nicht zufällig von überproportionalen, krankheitsbedingten Ausfällen betroffen sind. Dieser Aspekt stellt zusammen mit der ununterbrochenen Dynamik leider immer wieder unsere Bemühungen in Frage, organisatorische Vorgaben nicht nur zu implementieren, sondern sie auch systematisch auf ihre Tauglichkeit zu prüfen.

Erst seit Februar 2001 ist das Team der Sozialberatung wieder komplett. Die Aufnahme der eigentlichen Beratertätigkeit kommt endlich wieder in Schwung und kann ihre präventiven Aufgaben wahrnehmen. Auch die wichtigen Kontakte mit anderen, ergänzenden sozialen Institutionen können wieder gepflegt werden, die z.B. im Fall von Hilfsgesellschaften beträchtliche Entlastungen für die städtischen Auf- und Ausgaben leisten. An dieser Stelle geht mein herzlicher Dank an die Hilfsgesellschaft und an andere Institutionen, die uns immer wieder über die Runden helfen und Leute früh genug noch über ihre Kassen unterstützen, damit sie nicht zu SozialhilfeempfängerInnen werden. Mein Dank gilt allen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den grossen Einsatz und die Professionalität, mit der sie eine staatliche Aufgabe erfüllen, für die der Dank sowohl auf Seiten der Empfänger wie der Geldgeber relativ bescheiden ist.

### **Infrastruktur und EDV**

Im Zusammenhang mit der Personalaufstockung im letzten Jahr wurden gemäss Vorlage im Dachstock zwei neue Arbeitsplätze eingebaut. Das Haus an der Oberstadt 23 ist damit buchstäblich bis unter das Dach belegt und bietet keine weiteren Ausbaumöglichkeiten. Auch aus diesem Grund hoffen wir auf eine Trendwende.

Die alte EDV-Lösung musste mit dem Jahrtausend-Wechsel erneuert (Software und fast die ganze Hardware) werden. Endlich wurde damit ein wirksames Fallführungssystem möglich. Im Quervergleich mit anderen Städten haben wir eine sehr gute Wahl getroffen. Die Verfügbarkeit der Daten ist hoch und Änderungen im Bestand oder in den Buchhaltungsdaten sind immer aktuell abrufbar und erlauben ein schnelles Eingreifen.

Seit Januar 2001 hat die zentrale Anlaufstelle den Probebetrieb aufgenommen. Mit neuen Telefonen und -Beantwortern für alle Berater und Beraterinnen wird die Erreichbarkeit der vielen Leute mit Teilzeitpensen optimiert. Die Zentrale teilt die Klienten zu und bespricht die Kapazitäten mit dem Team.

## **6. MASSNAHMEN**

---

### **Substantivierung der Sitzungen der Sozialhilfekommission**

Monatlich befindet die städtische Sozialhilfekommission über alle neuen und die sich weiterziehenden Fälle. Dieser gehört der Sprechende als Präsident, die Finanzreferentin sowie eine Ärztin und ein Arzt an. Diese Kommission zählt infolge des Kostendrucks zu den gefordertesten Organen der Stadt Schaffhausen, da sie in jedem Fall einen Weg zwischen den Interessen der Stadt und dem der Klienten innerhalb des gesetzlichen Rahmens finden muss. Diesem Interessenkonflikt kann die Kommission nur mit einer nachvollziehbaren und vergleichbaren Praxis begegnen, die übrigens im Kanton durch ein Dekret des Regierungsrates vorgegeben ist. Seit Anfang Jahr versuchen wir nun systematisch, neben der eigentlichen Fallbehandlung generelle Fragen der Sozialhilfe inkl. Entwicklungskurven und Qualitätsaspekte besser zu verstehen und daraus im Bedarfsfall politische Vorschläge zu formulieren.

### **Richtlinien für Arzt-, Zahnarzt- und Optikerleistungen**

Markante Einsparungen konnten aus der Initiative der Sozialhilfekommission erzielt werden, indem sie einschränkende städtische Richtlinien im Umgang mit Arzt-, Zahnarzt- und Optikerleistungen formulierte. Allerdings haben die kantonalen Aufsichtsinstanzen signalisiert, dass sie diese im Rekursfall nicht schützen würden, womit die "Zahnlosigkeit" des kommunalen Spielraums aufgezeigt wird. Zwar bezahlen wir fast 100 % der Sozialhilfeausgaben selbst, werden aber über das Sozialhilfegesetz bevormundet. Auch aus diesem Grund wäre es zweckmässig, wenn der Kanton quasi die finanzierende Instanz bei der Sozialhilfe wäre.

### **Teilnahme an nationalen Initiativen (SKOS, Sozialplattform)**

Der Sozialreferent und die Kadermitarbeiterinnen und -Mitarbeiter versuchen, sich mit der Teilnahme an nationalen Konferenzen und Einsitz in ständigen Kommissionen über die Gesamtentwicklung zu informieren und Benchmarks für eine effiziente Fallführung und erfolgreiche Reintegrationsmassnahmen in den Arbeitsmarkt zu erhalten. Diese Mitwirkung bedeutet zwar einen beträchtlichen Aufwand, ist aber immer wieder verantwortlich für innovative Schritte. Ein typisches Beispiel ist die systematische Verbesserung der beruflichen Wiedereingliederung, die wir mit dem Projekt 'Nagelfabrik' umsetzen möchten.

### **Reintegration von Langzeitarbeitslosen (MOA, "Nagelfabrik")**

Mit der Zustimmung zur heroingestützten Behandlung hat dieses Parlament auch grünes Licht zur Weiterverfolgung des Projektes an der Hochstrasse gegeben. Leider hat sich nach anfänglicher Euphorie und entsprechender Publizität in den Medien Ernüchterung über den Standort breitgemacht, haben doch die nachträglichen detaillierten Abklärungen ergeben, dass die reinen Instandstellungskosten für diese Liegenschaft einen Betrag zwischen 750'000 und 1 Mio Franken erfordert hätten. Das Projekt heisst also nicht mehr "Nagelfabrik", vergessen Sie diesen Namen.

Das Projekt heisst neu 'FIT FOR JOBS'. Ich habe eine entsprechende Meldung an die Medien zukommen lassen aufgrund einer entsprechenden Sitzung mit den zuständigen RR Bühl und Meister. Das oberste Ziel ist die Vermittlung eines Arbeitsplatzes mit einer professionellen Ressourcenabklärung und geeigneten Weiterbildungsmaßnahmen. Wir haben allein in Schaffhausen ca. 200 vor allem ausländische Jugendliche zwischen 20 und 25 Jahren, bei denen wir sagen müssen: "Wenn wir nichts tun, sind diese Leute während der nächsten 40 Jahre am Tropf der Sozialhilfe. Das kann ja wohl nicht wahr sein. Also sind wir gefordert, diesen Jugendlichen Angebote zu machen, vorgängig Abklärungen zu machen, nicht wie wir deren Traumvorstellungen erfüllen können, sondern welche Eignungen sie besitzen und hierauf ganz gezielt Schulung zu betreiben. Weder der Kanton noch wir sind in der Lage, mit unserem Know-how und unseren Kapazitäten diese Abklärungen zu machen. Wir sind auch nicht in der Lage, nachher diese Schulungsmaßnahmen umzusetzen. Wir haben uns umgeschaut und eine Firma gefunden, welche für den Kanton und für uns den Betrieb aufnimmt. Beim Kanton hat sie sich immerhin auf eine Reintegrations-Rate von 60% verpflichtet. Wir werden nicht auf 60% kommen. Aber ich hoffe, dass auch wir hier bald erfolgreiche Resultate vorweisen können.

Der Interpellant hat in seiner Begründung unter den Vorschlägen etwas erwähnt, das ich gerne aus meiner Sicht hier öffentlich mache. Ich weiss, dass es ein heisses Eisen ist. Ich habe es in der Kommission für Sozialbelange auch schon gesagt. Ich stehe zu dieser Aussage. Wir müssen auf der einen Seite diesen Leuten, die mit dem Familiennachzug in die Schweiz gekommen sind, zum Teil miserable Sprachkenntnisse haben, dadurch auch keine Möglichkeit für eine berufliche Integration haben, wirklich Angebote machen. Aber wir müssen auf der anderen Seite auch bereit sein und den Mut haben, zu sagen, "Es tut uns leid, Sie müssen wieder nach Hause, weil Sie diese Angebote, die wir Ihnen unterbreitet haben, nicht wahrgenommen werden. Wir sind überfordert." Das wird übrigens in anderen Kantonen auch gemacht. Wenn wir das gut kommunizieren, führt das vielleicht auch zur Einsicht in den Köpfen dieser Leute, dass es nicht so ist, dass wenn man den Ausweis B oder C oder einen vorläufigen Status hat, für alle Zeit mit Sicherheit Unterschlupf in diesem Land finden kann. Da dürfen wir durchaus Flagge zeigen, aber eben mit dem Vorlauf des guten, realen Angebotes, welches dann auch über Kontrollinstrumente nachvollzogen werden kann.

### **Fallbeispiele**

Wir haben in der öffentlichen Debatte, aber auch bei den Beratungen der GPK über die Sozialhilfezahlen festgestellt, dass über die Systematik und das Prozedere der Sozialhilfe wenig Klarheit herrscht und die Sozialhilfe deshalb gerne als Fass ohne Boden mit leichtem Mittelzugang - speziell in der Stadt Schaffhausen - und ohne Controllinginstrumente angesehen wird. Diese Sicht hat mit der Wirklichkeit wenig zu tun, denn die Fallabwicklung wie auch die Kontrollorgane unterstehen einem dichten gesetzlichen und organisierten Ritual. Die Höhe der Auszahlung erfolgt nach einem regierungsrätlichen Dekret, das sich an die flächendeckenden Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Öffentliche Sozialhilfe (SKOS) anlehnt. Auch werden alle Fälle erst nach Beibringung aller erforderlichen Unterlagen zu Händen der Sozialhilfekommission (SoHiKo) eröffnet, die aufgrund der Anträge über jeden Fall einzeln entscheidet. Wir haben Ihnen **als Beilage 6 zwei repräsentative Fälle (eine Einzelperson und eine teilunterstützte 5-köpfige Familie)** auf dem Formular der Antragsstelle kopiert.

Die SachbearbeiterInnen stehen den SoHiKo-Mitgliedern an der monatlichen Sitzung persönlich für alle Fragen im Fallzusammenhang zur Verfügung. Der Sozialhilfekommission der Stadt Schaffhausen gehören aktuell der Sozialreferent als Präsident, sowie die Finanzreferentin und zwei Ärzte an. Vor einer Entscheidung der SoHiKo gibt es in Notfällen Gutscheine (z.B. Lebensmittelgutscheine) oder Überbrückungshilfen von max. Fr. 100.--. Die KlientInnen müssen sich nach einer (positiven) Entscheidung der SoHiKo - die durchaus für ein halbes oder ganzes Jahr Gültigkeit haben kann; es können ja nicht jeden Monat alle ca. 800 Fälle abgehandelt werden - jeden Monat bei der zuständigen sachbearbeitenden Person melden, um eine Auszahlung erwirken zu können. Dabei wird jede Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse geprüft.

Infolge der überblickbaren Verhältnisse im Raum Schaffhausen gehen wir davon aus, dass mittel- und vor allem längerfristige Missbräuche nicht unentdeckt bleiben können. Unsere Sachbearbeitenden kennen diese Leute. Sie wissen, wenn jemand ein Auto kauft oder dies oder das tut. Was es gibt, sind zwei bis drei als gewalttätig bekannte Sozialhilfebezüger, welche aufgrund ihres Verhaltens für sich vielleicht eine gewisse Besserstellung erwirken können. In diesen Fällen geht der Schutz des Personals des Sozialreferates vor, d.h. man wählt einen pragmatischen Weg. Selbstverständlich nutzen wir jede Gelegenheit, die Betroffenen auf ihre Eigenverantwortung aufmerksam zu machen. Ein grösseres Sparpotential ist aus diesem Grund aus unserer Sicht durch eine noch engmaschigere Begleitung oder detektivische Arbeit nicht realistisch. Sonst müssen Sie mir das notwendige Personal bewilligen. Das Sozialreferat hat kein Prozent Personalreserve.

Not tut vielmehr eine schnelle und nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Ausgangslage, eine professionelle Ressourcenabklärung und eine Verbesserung der Ressourcen der Betroffenen durch Schulung sowie Massnahmen im Bereich des qualitativen Wohnortsmarketings. Wir haben im Zusammenhang mit der Ansiedlung von Firmen in Schaffhausen, die zwar steuerbefreit sind und tolle Arbeitsplätze anbieten, immer wieder feststellen müssen, dass deren Kader nicht nur wegen den Steuern nach Feuerthalen, Flurlingen, Dachsen oder Stetten gehen, sondern weil sie ihre Wohnansprüche beim verfügbaren Angebot in Schaffhausen nicht befriedigen können. Da brauchen wir wirklich Massnahmen, und wenn eine dieser Massnahmen ein paar Kilo "TNT" sind, damit wir ein paar Wohnblöcke im Bereich Hochstrasse, Birch und Hauental dem Erdboden gleichmachen können. Wir brauchen neben mehr Arbeitsplätzen mehr Einwohnerinnen und Einwohner, damit wir wieder einen guten Bevölkerungsmix erreichen.

## **7. SCHLUSSFOLGERUNG**

---

### **Infogefäss städtische Kommission für Sozialbelange**

Als Schnittstelle zum Parlament und zu den im Sozialbereich engagierten Institutionen besteht die städtische Kommission für Sozialbelange, die von uns drei bis vier Mal pro Jahr über die Entwicklung der Sozialhilfe und alle nötigen Seitenblicke informiert wird. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass über dieses Gefäss auch die Parteien und Fraktionen laufend über die sozialen Aspekte und das aktuelle Umfeld unseres Handelns informiert werden. Dies nicht zuletzt deshalb, weil damit Argumente statt Schlagworte den Diskurs bestimmen. Wir sind gemeinsam aufgefordert, die grossen Herausforderungen unseres komplexen Gesellschafts-Systems zu bewältigen.

Nicht unerwähnt bleiben sollte, dass wir trotz der grossen Steigerungsrate mit Sozialhilfe-Nettoausgaben von 6 Millionen Franken im Jahr 2000 bei einem Budget von 180 Millionen über einen Kostenanteil von 3% der Gesamtausgaben der Stadt Schaffhausen sprechen, und dass die Sozialhilfe kein schwarzes Loch ist, in dem die eingesetzten Steuergelder verschwinden. Vielmehr werden diese ultimativ dem Wirtschaftskreislauf zugeführt. Dies soll nicht bedeuten, dass sich der Sozialreferent an der Dynamik der Situation freut, sondern ich möchte lediglich gewisse Missverständnisse relativieren, welche die Ausgaben in diesem Bereich als explodierende Beträge und als à fonds perdu-Beiträge betrachten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf eine gute Diskussion."

**Thomas Hauser (FDP)** beantragt Diskussion.

Der Rat folgt diesem Antrag stillschweigend.

**Thomas Hauser (FDP)** Votum

"Ich danke SR Feurer für diese ausführliche Antwort herzlich. Die Ursachen kennen wir in etwa alle; über diese müssen wir nicht diskutieren. Der Massnahmenkatalog, wie wir vor allem im finanziellen Bereich zu Verbesserungen kommen, ist das Entscheidende. Da haben wir heute einiges gehört. Kollege Distel und Kollege Gründer wissen, damit es brennen kann, braucht es drei Sachen: Sauerstoff, einen Brennstoff und eine Zündtemperatur. Die PädagogInnen im Saal wissen, damit ein Schulzimmer funktioniert, braucht es drei Sachen: einen Lehrstoff, SchülerInnen und eine Lehrkraft. Wahrscheinlich braucht es zur Lösung der Probleme, die wir heute diskutieren, auch drei Sachen. Da sind die HauseigentümerInnen gefragt mit "TNT" und weiss nicht was, die Wirtschaft ist gefordert, um vermehrt Arbeitsplätze zu schaffen und bei der dritten Sache ist die Politik gefragt, wie sie mit diesen Fürsorgefällen umgehen will. Da habe ich einige interessante Dinge gehört, so z.B. das förderungswürdige Projekt "Fit for Jobs". Dann wurden die Rückkehrmassnahmen - Punkt 3 der Interpellation - erwähnt. Ich habe mich fast nicht getraut, dies hinein zu schreiben. Das wurde an einer Klausurtagung im "stillen Kämmerchen" diskutiert; aber damit an die Öffentlichkeit zu treten, ist gar nicht so einfach. Dies braucht eine Überwindung. Es freut mich, dass SR Feurer gesagt hat, dass dies in der Sozialhilfekommission kein Tabu mehr sei. Wenn also Auswärtige hieher kommen und sich nicht den Sachen unterziehen, die vorgeschrieben werden, werden sie aufgefordert, das Land zu verlassen. Das tönt ja schon ganz vernünftig. Vor 2 Jahren wären solche Sätze hier in diesem Saal wahrscheinlich nicht möglich gewesen. Das Entscheidende, die Kantonalisierung dieser Sache, hat bei mir wie eine Bombe eingeschlagen. Dass man die ganze Problematik kantonalisiert, damit alle Gemeinden zum Handkuss kommen, wäre sehr sinnvoll. Jetzt hier einzugreifen - ich spreche hier die städtischen VertreterInnen im Grossen Rat an - wäre ideal, denn die Kantonsverfassung wurde abgelehnt, ein zweiter Entwurf ist in Bearbeitung. Wenn man da aus städtischer Sicht bereits etwas einfliessen lassen könnte, würde dies ein wesentlicher Beitrag zum Abbau des Sozialtourismus bedeuten. Dies sind drei ganz markante Punkte. Es freut mich, dass man im Stadtrat so weit ist. Da sind wir auf dem richtigen Weg. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg.

Ob der vierte Punkt, den wir vorgeschlagen haben, einen Überwacher oder "Sozialschnüffler" einzustellen, viel bringt - selbstverständlich braucht es hierzu eine Person, welche besoldet werden muss -, weiss ich nicht. SR Feurer hat gesagt, dass man in der Stadt Zürich eine solche Person eingesetzt hat. Sie hat nicht wahnsinnig viel gebracht. Aber nur schon der Umstand, dass die SozialhilfeempfängerInnen wussten, dass eine solche Person tätig ist, zeitigte eine präventive Wirkung."

**Bea Hauser (SP)**

Votum

"Ich möchte nach den langen Ausführungen des Sozialreferenten nur einige Aspekte heraus picken. Ich gehe mit dem Interpellanten einig, dass es gut ist, wenn man von gewissen Massnahmen hört, die man in dieser schwierigen Sache allenfalls ergreifen kann in der Hoffnung, dass sie das Gewünschte bewirken. Ich fand allerdings die Euphorie von Thomas Hauser bezüglich der Rückkehrmassnahmen etwas gar stark. Wir sind auch hier ans Gesetz gebunden. Natürlich ist es uns klar: Wenn jemand aus dem Balkankrieg gekommen ist, gewartet hat, vorläufig aufgenommen wurde und wieder zurück muss, ist das eine Sache. Es gibt AusländerInnen, die bleiben in der Schweiz. Wenn diese Leute nicht deutsch lernen oder sich weigern, Integrationsmassnahmen wie z.B. Deutsch-Kurse zu ergreifen, dann ist es nicht rassistisch, wenn man fragt, was diese Personen denn bei uns wollen. Aber das sind ja nicht die Hauptverursacher unserer Sozialhilfekosten."

Es ist mir auch aufgefallen, weil ich in der Nähe des Rest. z. Kleinen Käfig arbeite, dass sich "Alkis" und "Junkies" zwischen dem Kleinen Käfig und DENNER wegen dem billigen Bier und dem billigen Hundefutter für ihren Köter aufhalten. Dies erinnert mich sehr stark an die offene Drogenszene in der Repfergasse. Dort wurde geräumt - nur mit dem kleinen Unterschied, dass in der Repfergasse illegale Substanzen konsumiert wurden, während in der Vorstadt Legales konsumiert wird. Das hat SR Feurer richtig erwähnt, dass man dort am Boden neben seinem Hund sitzen und ein Bier trinken kann. Man kann noch so verlaust aussehen, das ist legal. Aber im Gegensatz zu den "Junkies" von damals, die sich ja immer noch irgendwo aufhalten, rempeln diese Typen in der Vorstadt die PassantInnen an. Das ist ein Verstoss. Wenn da hin und wieder bezahlte Gassenarbeiter oder die Polizei zu Fuss vorbei patrouillieren würden ... - ich sehe keine PolizistInnen. Was ich merkwürdig finde, ist, dass Ladenbesitzer, Anwälte usw., welche ihr Domizil in der Vorstadt haben, aber ausserhalb wohnen, den Sozialreferenten anrufen und sich bei ihm beschweren, weil ihre Kundschaft belästigt oder ferngehalten wird. So kann man mit Sozialfällen, die in unserer Stadt sichtbar sind, nicht umgehen. In der Repfergasse wurde man praktisch nie angepöbelt. Aber sobald (legaler) Alkohol im Spiel ist, wird es kleinkriminell und gefährlich. Ich glaube schon, dass man der Schaffhauser Polizei wieder einmal sagen sollte, wo die Probleme liegen in der Stadt."

**Josef Eugster (SVP)**

Votum

"Ich bin schon etwas überrascht über die Aussage von SR Feurer bezüglich der gewalttätigen Sozialhilfebezüger, dass man da einen pragmatischen Weg sucht. Ich finde, für diese Leute müsste man einen anderen Weg suchen. Ich könnte mir vorstellen, dass solches eben Schule macht in diesen Kreisen."

**Stadtrat Th. Feurer**

"Wenn Sie mir gestatten, räume ich schnell ein paar Missverständnisse aus bzw. beantworte ich Fragen."

Zuerst zu Thomas Hauser: Es ist nicht so, dass eine Kantonalisierung der Sozialhilfeausgaben - quasi ein kantonaler "Topf" - die Abwanderung aus den Gemeinden bzw. die Zuwanderung in die Stadt stoppen würde. Aber es wäre wenigstens eine solidarische Leistung der Gemeinden im Kanton, damit diese nicht mehr sagen können: "Wir sind froh, wenn diese Leute weg sind, dann haben wir finanziell nichts mehr damit zu tun." Trotz allem wäre die Stadt auf Grund des anonymen Schirms, den sie bietet, nach wie vor die Anlaufstelle für diese Leute.

Zu Bea Hauser möchte ich bezüglich der Qualifikation der Klienten, die wir schulen müssen, sagen: Wir haben ein grosses Problem. Diese 20 - 25jährigen Sozialhilfebezügler machen mir grosse Sorgen, wenn sie unqualifiziert sind. Der Ausländeranteil in dieser Gruppe beträgt 60 - 62%. Er liegt um 12% höher als im schweizerischen Durchschnitt. Da kann man nicht sagen, diese fallen nicht ins Gewicht.

Bezüglich der "Alkis" ist zu sagen, dass es problematisch ist, diese gegen die "Drögeler" auszuspielen - die einen rülpsen und sind laut, die anderen seien ruhig und nett. Für mich sind beide Kategorien grosse Probleme. Dass wir diese Probleme nicht lösen können, hängt damit zusammen, dass dies mit untauglichen gesetzlichen Mitteln an den Staat delegiert wird. Bea, ich kann Dir sagen, die Polizei ist sehr stark präsent. Wir haben eine Hotline. Die Polizei patrouilliert mehrmals täglich in der Vorstadt. Sie kontrolliert die Leute, überprüft die Ausweise usw. Aber unsere gesetzlichen Möglichkeiten taugen offensichtlich nicht für solche Fälle bzw. für die Lösung solcher Probleme.

Für das Votum von Josef Eugster gilt eine ähnliche Feststellung. Alle exponierten Leute im Sozialreferat an der Oberstadt verfügen über Alarmknöpfe. Aber wenn ein "100-Kilo-Brocken" vor einer Sachbearbeiterin steht und einfach Geld verlangt ... . Diese gewalttätigen Leute kriegen nicht wesentlich mehr. Wenn wir jedoch sagen würden, gewalttätigen Leuten kein Geld zu geben, wäre die Lösung, muss ich auch hier sagen: Es fehlen uns die Durchsetzungs-Instrumente. Wenn jemand dreinschlägt, ist er nach einer halbstündigen Befragung wieder draussen. Solche Leute gibt es. Dann gibt es in zwei Jahren ein Verfahren, wo er zwei Monate bedingt kriegt. Aber in den zwei Jahren, wo er auf den Prozess wartet, ist er ständig bei uns am Schalter und will wieder Geld. Das ist die Realität. Da möchte ich doch dafür plädieren, dies nachzuvollziehen, was da abläuft. Natürlich wäre es mir lieber, wenn man sagen könnte: "Noch eine Drohung, dann musst Du gar nie mehr kommen!" Diese 20 - 30 Leute von 800 Klienten nehmen 50% unserer Arbeitszeit in Anspruch und kosten 90% unserer Nerven."

**Iren Eichenberger (OeBS), 1. Vizepräsidentin** Votum

"Thomas Feurer hat tatsächlich alle Aspekte genannt und auch viele Anregungen eingebracht. Ich möchte mich nur zu zwei Punkten äussern. Der eine betrifft die "Schnüffler" und die Kontrolle, der andere die Rückkehrmassnahmen.

Zum ersten Punkt: Wir haben jetzt hier auf der Tribüne vermutlich keine Sozialhilfebezügler. Ich denke jedoch, dass wir in Anwesenheit solcher Personen ein bisschen vorsichtiger sprechen würden. Die Mehrheit der Klientele von Th. Feurer ist nämlich nicht mit einem Hund und der Bierdose geboren, sondern diese Leute waren einmal ArbeitnehmerInnen der regionalen Industrie, die nach einem Parcours durch die verschiedenen Stufen der Arbeitslosigkeit schlussendlich beim Sozialamt landeten. Für diese Leute sind "Schnüffler" und Kontrollmassnahmen tatsächlich fehl am Platz.

Das kann ich Thomas Hauser eindeutig bestätigen, weil er Meinungen dazu forderte - vor allem, wenn wir die vergleichsweise bescheidenen Ausgaben pro Fall und Jahr vor Augen halten. Da müssen wir sicherlich keine weiteren Massnahmen ergreifen. So viel zur Kontrolle.

Zu den Rückkehrmassnahmen meine ich Ja, wenn Leute wirklich nicht motivierbar sind, und sich - obwohl sie die Möglichkeiten dazu hätten - nicht anstrengen. Dann sind solche Überlegungen berechtigt. Aber es gibt eben zuerst sehr viel anderes, das man beachten muss. Da möchte ich auf einen Aspekt hinweisen, der hier noch nicht genannt wurde: Wenn jedes dritte fremdsprachige Kind in Schaffhausen die Sonderschule besucht, was heute der Fall ist, programmieren wir die sozialen Probleme von morgen vor. Ein weiterer Punkt heisst eben Integration. Ein gut integrierter Mensch verfügt über ein soziales Umfeld, das verschiedenste Ressourcen bereit hält und in jedem Fall schadloser und besser trägt als staatlich organisierte Sozialhilfe. Es ist meistens auch billiger. Wer in seinem Quartier und in seiner Freizeit gute Kontakte hat, findet schneller einen Job oder eine Lösung zur Kinderbetreuung, als ein Mensch, der im Ghetto lebt. Die Durchmischung der Bevölkerung ist eine wichtige Aufgabe der Quartierplanung, die hier proaktiv wirken muss. Wir dürfen nicht einfach die Fehlentwicklungen beklagen. Vergleichbare Städte haben dafür Quartierplanungsstellen, wo Stadtbauamt, Stadtökologie und Familienplanungsstellen zusammen arbeiten. Ein solches Modell wäre auch für Schaffhausen anzustreben.

Im übrigen meine ich, der wesentliche Ansatz liegt sicher in der Umverteilung der Lasten, damit wir hier zu einem gerechteren System kommen. Auf individueller Ebene aber gilt nach wie vor die gute Schulbildung und die Berufsbildung für alle, denn Arbeitslosigkeit darf nicht in die Existenzkrise führen, sondern sie muss kurz- bis mittelfristig lösbar sein."

**Erwin Sutter (EDU)** erkundigt sich in seinem Votum über die Art und Weise der Auszahlungen der Sozialhilfegelder. "Auf der einen Seite wird den SozialhilfeempfängerInnen Geld ausbezahlt in dem Sinne, dass die Leute lernen sollen, selber Verantwortung für das Geld, das sie bekommen, zu übernehmen. Auf der anderen Seite ist es so, dass etliche Leute das erhaltene Geld nicht zweckgebunden ausgeben (Mietzins, Krankenkassenprämie etc.), sondern für andere Bedürfnisse. Gibt es hier Möglichkeiten, dies zu regulieren z.B. durch die Erbringung eines Nachweises, wofür sie das Geld ausgeben bzw. ausgegeben haben? Besteht die Möglichkeit, dass die Stadt in jenen Fällen, wo das Geld nicht zweckgebunden verwendet wird, den Mietzins oder die KK-Prämie direkt bezahlt und nur noch das bar ausbezahlt, was für die freie Verwendung bestimmt ist?"

**Gertrud Walch (SVP)** Votum

"Die Sozialausgaben nahmen in den letzten 4 Jahren in der Stadt Schaffhausen zu, ebenfalls auch in Neuhausen. 30% mehr SozialbezügerInnen, d.h. ein Drittel von 1'400 Personen - habe ich gehört -, das wären ca. 460 Personen, sind in den letzten 4 Jahren in die Stadt Schaffhausen gezogen. Das muss im Kontext mit dem Bevölkerungsschwund der letzten 4 Jahre in der Stadt SH angeschaut werden.

Ich danke für die ausführliche Darlegung, insbesondere für die Rückkehr-Bemühungen bei Leuten, die sprachliche oder andere Angebote nicht annehmen."

Die Votantin erwähnt an dieser Stelle, dass sie mit der Stadt Zürich Kontakt aufgenommen habe bezüglich der Pro Kopf-Ausgaben im Städtevergleich (SozialbezügerInnen - Kosten pro Fall). Dabei habe sie Abweichungen festgestellt, da es offenbar verschiedene Berechnungsarten gebe. Sie bittet um Aufschluss, auf welcher Basis die Zahlen von Schaffhausen errechnet wurden.

"Warum hat Zürich eine positive Entwicklung, Schaffhausen eine negative? Auf einen Nenner gebracht: Ist dafür tatsächlich nur die wirtschaftliche Situation der Hauptgrund?"

Einen Vorschlag hat mir Erwin Sutter in seinem Votum vorweg genommen, nämlich dass die Stadt bei den Sozialgeldern fixe Ausgaben für Miete, KK-Prämien und auch Zahnarztkosten im Einverständnis mit den entspr. Sozialhilfeempfängern in Abzug bringt und direkt bezahlt. Ich fände es besser so, als wenn diese den vollen Betrag bekommen und gewisse Zahlungen u.U. dann nicht gemacht werden. Dann muss die Stadt zweimal bezahlen."

### **Stadtpräsident Marcel Wenger**

"Sie haben meine Wortmeldung der Bemerkung von Bea Hauser zu verdanken, die Schaffhauser Polizei sei gefordert bei den Zuständen in dieser Stadt. Das ist absolut richtig. Wir haben feststellen können - auch im Zusammenhang mit der Interpellationsbeantwortung "Alkoholabgabe an Personen unter 18 Jahre" werden wir darüber sprechen - dass in der Stadt Schaffhausen die Tendenz besteht, vor allem bei zwei grösseren Unternehmungen, die Getränkebars betreiben, hemmungslos Alkohol abzugeben. Dies nicht nur in der Vorstadt, wo wir die Firma DENNER neben den polizeilichen Massnahmen aufgefordert haben, ein Hausverbot zu erlassen, sondern auch in der Neustadt und an der Stadthausgasse. Da wird viel Alkohol konsumiert und nachher brennen oftmals unter dem Einfluss von Alkopop-Getränken auch die Sicherungen durch, indem Sachbeschädigungen vorgenommen werden. Die Polizei tut, was sie kann. Aber wir müssen in Zukunft - das verspreche ich Ihnen - auch die Gastwirte, die eine gewisse Verantwortung haben, ins Recht fassen. Deren Verantwortung hört nicht auf an der Schwelle ihrer Lokale. Wenn nun gewisse Liberalisierungsbestrebungen im Grossen Rat tatsächlich sich Bahn brechen und am Schluss nicht mehr einmal ein Wirtepatent verlangt wird oder Voraussetzungen für die Eröffnung eines solchen Lokals von Gesetzes wegen verlangt werden, dann haben wir noch einen kürzeren Hebelarm, um diese unerfreulichen Erscheinungen präventiv - quasi an der Quelle - eindämmen zu können. Wir dürfen im Bereich der Alkohol-Abgabe auf keinen Fall weitere Liberalisierungen zulassen. Im Gegenteil, wir müssen wieder zu einer vernünftigen Regulierung auf kantonaler Ebene kommen."

### **Susanne Günter (FDP)**

Votum

"Wir sollten es vielleicht machen wie in den USA, das Alter für den Alkoholkonsum auf 21 Jahre erhöhen, um dieses Problem zu lindern.

Bezüglich Kontrollsystem für die SozialhilfeempfängerInnen teile ich die Meinung von Iren Eichenberger, dass man nicht jene Leute erfassen und ihnen "nachstellen" soll, die im Arbeitsprozess drin waren, die Verantwortung getragen haben und nun aus wirtschaftlichen Gründen in ein Loch gefallen sind." Die Votantin legt hingegen Wert darauf, dass effektiv arbeitsscheue bzw. nicht arbeitswillige Leute - "schwarze Schafe" - kontrolliert werden, dass diese den Nachweis erbringen müssen, wofür das Geld ausgegeben wird und belegen müssen, dass Mieten, KK-Prämien und sonstige feste Ausgaben beglichen werden.

Sie verweist auf einen Artikel im SH Bock vom 2. Aug. 01 mit dem Titel "Wenn trotz Sozialhilfe keine Rechnungen bezahlt werden ..."

"Das finde ich nicht fair. Da sollte man eine Kontrolle haben. Ich kenne einen Sozialhilfeempfänger, der manchmal mit WIR-Checks Rechnungen bezahlt hat. Ich nehme nicht an, dass das Sozialamt WIR-Schecks abgibt. Solchen Leuten und "Pappenheimern", welche missbräuchlich Geld von der Sozialhilfe beziehen und damit die SteuerzahlerInnen prellen, sollte man durch Kontrollen auf die Schliche kommen."

**Christian Hablützel (SP)**

Votum

"Ich möchte mich ganz kurz zu den ordnungspolitischen Vorschlägen äussern. Es ist die Kulturleistung, welche dafür sorgt, dass wir mit möglichst wenigen ordnungspolitischen Interventionen unsere Bevölkerung disziplinieren müssen. Es misst sich nämlich eine Kultur daran: Wenn wenige ordnungspolitische Interventionen nötig sind, legt sie Zeugnis davon ab, dass das, was wir als kulturelle Errungenschaft haben - dass wir einander beistehen, einander korrigieren, einander eingrenzen - uns hält. Stellen Sie sich vor, wir müssten alles, was sich bewegt, über staatliche Massnahmen kontrollieren. Sie müssen alle Gesetze kennen, die wir für den Notfall geschrieben haben. Wenn die Abweichungen zu gross werden, müssen Sie sich durch 6 km lange Bibliotheken begeben. Das muss uns internalisiert werden.

Damit komme ich zu einem zweiten Thema. Iren Eichenberger hat es angesprochen. Anpassungen und Eingliederungsanstrengungen sind gebunden an Perspektiven, welche die Menschen haben müssen. Wenn ich mich anpassen oder eingliedern soll, dann muss für mich etwas heraus schauen, nämlich soziale Integration. Wir sind heute in der ganz peniblen Situation, dass sich für manche Bevölkerungsschichten - seien es inländische oder ausländische - die Arbeit schlicht nicht mehr lohnt. Der freie Markt verlangt MarktteilnehmerInnen; wir haben eine Schicht von Menschen, die keine MarktteilnehmerInnen sind. Wenn Sie nun mit einer Lebensperspektive - immer nur knapp so viel zu verdienen, dass es nicht ganz reicht, um ihre Familie zu ernähren - auf dem Arbeitsmarkt sind, dann ist dies nicht mehr motivierend. Da tickt eine Zeitbombe. Mich beeindruckt diese paar Millionen Franken, die wir heute im Sozialbereich ausgeben, weniger, wenn ich daran denke, was uns in 5, 10 oder 15 Jahren erwartet. Gehen Sie in unsere Schulhäuser und schauen Sie, was dort passiert. Die Schere beginnt sich zu öffnen. Wir werden eine grosse Zahl von Menschen erleben, die nicht mehr MarktteilnehmerInnen sind; die werden ausgeschieden, die werden wir irgendwie am Leben erhalten müssen. Es wird nur noch einen Drittel Menschen geben, die als MarktteilnehmerInnen immer so viel verdienen werden, dass sie die Risiken ausgleichen können, wenn sie entlassen werden. Das "Hire and Fire-Prinzip" ist unterdessen salonfähig geworden. Was sich jetzt in diesen Zahlen niederschlägt - wenn wir das historisch betrachten in Schaffhausen - dann ist das sich aus der Verantwortung stehlen der Industrie aus der sozialen Sicherung.

Wenn ich mich früher angestrengt habe bezüglich der Lebensperspektive, so konnte ich mit einem Arbeitsplatz rechnen, auch wenn das Salär nicht allzu hoch war. Mit diesem Arbeitsplatz konnte ich rechnen bis zu meiner Pensionierung. Da hat sich auch Anpassung noch gelohnt. Diese Anpassung lohnt sich heute noch für 2 - 3 Monate, dann bin ich wieder entlassen. Wenn ich da nicht mehr verdiene, als ich zur Existenz eben brauche, dann lohnt sich diese Anpassung nicht mehr.

Ich möchte daher sehr appellieren, nebst den marktpolitischen Massnahmen - diese sehe ich als Notfallmassnahmen an - in die Bildung zu investieren, in die Menschen zu investieren, die jetzt 14, 15 oder 16 Jahre alt sind, welche mangels Vorbilder - wenn sie in die Zukunft schauen - keine Lebensperspektive sehen. Unterhalten Sie sich mit jungen Menschen, die sich um eine Lehrstelle bewerben. Da sind die Perspektiven weg. Sie sagen: "Ja, jetzt lerne ich heute diesen Beruf, morgen gibt es diesen nicht mehr, was soll ich dann?" Ich habe von jemandem gehört, der hat vor 2 Jahren die Lehre abgeschlossen, hat keine Stelle, ist seit einem Jahr arbeitslos ... Wenn es uns nicht gelingt, da eine Wende herbei zu führen, dann schwöre ich Ihnen, dann betragen die Sozialaufwendungen in 10 Jahren nicht mehr 3%, sondern dann sind wir bei 30% des Gesamthaushaltes."

### **Stadtrat Th. Feurer**

"Nach diesen zum Nachdenken anregenden Worten von Christian Hablützel möchte ich mich wieder so einklinken: Nachdem durchgeschimmert ist, dass diese Rückkehr-Geschichte eine Patentlösung wäre, um ein Problem in den Griff zu bekommen, möchte ich darauf hinweisen, dass ich nicht dort begonnen habe. Ich habe gesagt, dass wir Angebote machen müssen, um eben Perspektiven für diese Leute zu entwickeln. Wenn diese Angebote nicht wahrgenommen werden, dann haben wir die Möglichkeit zu sagen, wir haben es versucht, wir sind überfordert, wir können das nicht tun - vielleicht aus kulturellen Gründen, diese Integration zu bewerkstelligen. Ich habe ganz am Anfang gesagt, dass diese Ressourcen- und Eignungsabklärung, diese Schulungsmassnahmen Investitionen sind. Wir sind zur Zeit daran, zwischen dem Sozialreferat und dem Departement des Innern eine integrationspolitische Initiative zu ergreifen. Man sieht auch dort, dass die Meinungen auseinander gehen. Das greift alles in einander. Wir sind alle gefordert, hier mit zu wirken. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, mit gesetzlichen Massnahmen, mit mehr Polizei, mit mehr "Streetworkern", mehr Sozialarbeitern, mehr Grossstadträtinnen und -Räten, die am Abend dann noch auf die Kurve gehen und die Leute suchen, finden und sie betreuen und was auch immer, um diese Probleme zu lösen. Diese Konsumgesellschaft hat sich daran gewöhnt, dass man alles abholen kann. Die Steuern sind für viele Leute nichts anderes als eine Versicherungsprämie. Da sind wir in der Schweiz ohnehin Weltmeister. Diese Versicherung wird dann fällig, wenn etwas krumm läuft mit dem eigenen Schicksal, mit demjenigen der Kinder, der Verwandten, der Nachbarn usw. Es muss im Kopf dämmern, dass so etwas nicht aufgehen kann. Diese Rechnung kann nicht aufgehen, wenn wir sie nur über die Finanzen anschauen.

GrSR Sutter, Walch und Günter haben gesagt, man müsse den Sozialhilfeempfängern eine Ausgabendisziplin auferlegen, in dem diese uns dann sagen, wofür das Geld ausgegeben wurde. Es gibt keine gesetzliche Handhabe für ein solches Vorgehen. Es gibt mir auch ein ambivalentes Gefühl, wenn ich sage, wir bezahlen die KK-Prämien, die Mieten etc. und am Schluss holt man einfach das ab, worüber man frei verfügen kann. Dann sind wir nicht nur Sozialhilfe-Leistende, welche Geld geben, sondern wir werden zum Privatsekretariat dieser Leute. Ich finde, diese Leute müssen ihre Selbstverantwortung wahrnehmen. Ich plädiere eher dafür, dass wir bessere Sanktionsmöglichkeiten erhalten für die Fälle, wo die Leute das Geld nicht zweckgerichtet ausgeben. Wenn es um Familien geht, erhält das Geld in der Regel der Vater oder die Mutter. Im letzteren Fall nimmt es der Vater der Mutter weg. Das ist unsere Erfahrung. Ich möchte jetzt nicht in Details gehen. Da werden dann zweifellos auch Ausgaben getätigt, die mit dem Zweck der Sozialhilfe - dem Wohl der Kinder und der Familie - nicht mehr viel zu tun haben.

Wenn in diesen Fällen der Sozialhilfe-Betrag gekürzt würde, würde der Mann seine Bedürfnisse nicht reduzieren, sondern es träfe wieder die Schwächeren innerhalb der Gemeinschaft. Das ist sehr schwierig. Ordnungspolitisch wäre es möglich, zu verlangen, dass diese Leute mit dem "Milchbüechli" und den Belegen bei der Sachbearbeiterin vorbei gehen müssen. Aber ein solches Vorgehen wäre nicht realistisch. Wir sprechen hier bereits über die Details einer Symptombekämpfung, während wir uns über die Ursachenbekämpfung unterhalten müssten. Dafür benötige ich Ihre Initiative und Ihr Mitdenken.

Bezüglich der von GrSR Walch angesprochenen Vergleichszahlen ist es so, dass wir eine Projektleitung haben, welche dies untersucht hat. Wir sprechen von den gleichen Zahlen, mindestens was die Fallzahlen und -Kosten betrifft. Ich werde diese Zahlen jenen Leuten nachliefern, die das interessiert.

Ich habe vorhin gesagt, dass uns 20 bis 30 Leute 50% des Personalaufwandes und 90% der Nerven kosten. Ich möchte auch dafür plädieren, dass wir sehen, dass 90% aller SozialhilfeempfängerInnen, die wir betreuen, sich korrekt verhalten und dankbar sind. Teilweise habe die Leute sogar Hemmungen, unsere Hilfe in Anspruch zu nehmen, obwohl sie ihnen zusteht. Ich spreche hier vor allem von allein erziehenden Frauen. Auf der anderen Seite sind diejenigen Leute, die nie zufrieden sind und sich ihres schlechten Gewissens so entledigen, indem sie permanent Feindbilder suchen. Da ist der Staat die erste Adresse, am besten noch mit 2,5 Promille am Stammtisch, wo man sich gegenseitig aufschaukeln kann, wer am ganzen Elend auf der Welt schuld ist. Was die MitarbeiterInnen im Sozialreferat leisten, ist vorbildlich, sicher nicht fehlerfrei. Wir können uns durchaus messen mit anderen guten Orten."

**Urs Tanner (SP)**

Votum

"Leider ist das sehr schöne 500 Jahr-"Berauschnis" wieder vorbei. Wir hören sehr klare und gute Voten hier. Hervorheben möchte ich Stadtrat Thomas Feurer und GrSR Christian Hablützel, dessen Ausführungen ich mich anschliessen kann.

SR Feurer hat fünf sehr wichtige Punkte gesagt, denen ich mich auch anschliessen kann. Zwei Punkte haben mir nicht gefallen. Verschiedene Punkte sind wirklich sehr klar. Es ist das Arbeitslosengesetz - verfälschte Statistik zu unseren Lasten. Es ist der Wirtschaftsaufschwung, der irgendwann am Horizont einmal aufgetaucht sein soll, der jetzt aber rezessiv schon wieder verschwindet. Es ist der Kanton Schaffhausen mit seinen Gemeinden, welche ihren Ballast in der Stadt abladen, was uns Geld kostet und wo die Rückverrechnung mangels gesetzlicher Grundlagen schwierig ist. Es ist die Bundesverfassung - die Niederlassungsfreiheit. Es gibt in der Bundesverfassung ferner ein Recht auf das Existenzminimum - wahrscheinlich ist dies die einzige Verfassung auf der Welt, die das gewährleistet. Es ist kein Almosen oder ein Sackgeld, sondern es ist ein justitiales Recht.

Die zwei Punkte, die mir nicht gefallen haben: Es ist eine gewisse Abschiebe-Euphorie entstanden. Chr. Hablützel hat gesagt, wir können nicht alle Gesetze kennen. Aber jene Gesetze, die wir anwenden müssten, sollten wir kennen. In einem Sozialhilfegesetz kann ich sanktionieren: "Sie lernen die Sprache nicht, Sie besuchen die Programme nicht, folglich haben Sie die Konsequenzen zu tragen." Aber dieser Link zur Ausschaffung und Abschiebung und der Hinweis auf die Ausweise B und C (wo dann - ANAG oder Asylgesetz?) ist mir schleierhaft.

Der letzte Punkt, der mir auch nicht gefallen hat, ist die "Nagelfabrik". Das hätte ich an der Stelle des Sozialreferenten nicht erwähnt. Erst wird kommuniziert "Nagelfabrik". Nachher merkt man, dass es eine Bruchbude ist und die Sanierung 700'000 Franken kosten würde, da hätte man besser geschwiegen."

**Roland Schöttle (FDP)** Votum

"Ich möchte zuerst dem Sozialreferenten für seine kompetenten Ausführungen und die Ernsthaftigkeit, die darin zum Ausdruck kam, herzlich danken. Mir ist aufgefallen, dass er verschiedentlich auf das Fehlen gesetzlicher Mittel hingewiesen hat, um eine gewisse Ohnmacht zu eliminieren. Ich habe gehört, dass die Sozialreferenten in der Schweiz organisiert sind. Gibt es keine koordinierten Forderungen auf Verbesserung dieser gesetzlichen Mängel? Irgendwie habe ich empfunden, dass wohl das Problem aufgezeigt wird aber keine Lösungsansätze. Wer denn sonst, wenn nicht diese Problemkenner und Fachleute haben die Glaubwürdigkeit und die Legitimation, die notwendigen Veränderungen zu fordern und zu initiieren? Diese Frage hätte ich noch gerne beantwortet."

**Kurt Zubler (SP)** Votum

"Ich bin sehr froh, dass schon einige meiner Vorrednerinnen und Vorredner das Thema der Rückkehr angesprochen haben. Ich bin auch froh, dass SR Feurer diesen Punkt nochmals aufgegriffen und etwas relativiert hat, weil mir die Euphorie, die hier bezüglich dieses Potenzials ausgebrochen ist, suspekt ist. Ich bin andererseits überrascht, dass die andere Seite, die SR Feurer sehr gut aufgezeigt hat, die Notwendigkeit der Investitionen, die Schulung dieser Leute, die Ergreifung von Massnahmen zur Schaffung von Perspektiven weniger Freude ausgelöst hat, als dieses Traumgebilde, dass man jetzt einige Leute zurück schicken könnte. Diese Perspektive der Rückführung ist - wenn man die genauen Zahlen kennen würde - wahrscheinlich minimal. Bei der Alternative, mit Investitionen Perspektiven für die Betroffenen zu schaffen, liegt mehr drin."

**Alfons Cadario (EVP)** Votum

"Ich danke SR Feurer und seinem Team für die gute Arbeit, welche im Sozialreferat geleistet wird. Bezüglich der Idee, dass das Sozialreferat die Mieten, KK-Prämien etc. direkt bezahlen soll, ist festzuhalten, dass es sich hier um mündige Leute handelt. Wir können diesen die Arbeit nicht so ohne weiteres abnehmen. Die privaten Hilfsorganisationen können dies. Ob es rechtlich haltbar wäre, wenn dies das Sozialreferat machen würde, ist zu bezweifeln.

Im Ausland heisst es halt immer noch, dass in der Schweiz Milch und Honig fliessen. Es halten sich zur Zeit Leute aus dem Ostblock hier auf, welche der Meinung sind, man könne in der Schweiz auf eine einfache Art arbeiten und Geld verdienen. Diese sitzen hier und müssen wieder einmal zurück.

Was nicht passieren darf, ist, dass eine Frau und Mutter ihren Körper verkaufen muss, damit sie ihre Familie durchbringt; dies weil sie Hemmungen hat, sich bei der Sozialhilfe zu melden."

**Raphaël Rohner (FDP)** Votum

"Die Jugend braucht eine Perspektive! Christian Hablützel, für einmal sprechen Sie mir ganz aus dem Herzen. Sie haben hier grundsätzliche Ausführungen zu einem Problemkreis gemacht, zu dem wir uns tatsächlich noch einige Gedanken nicht nur für uns selbst, sondern auch in unserem Kreise machen sollten.

Die Perspektive setzt natürlich auch voraus, dass eben diese Grundlagen gegeben sind. Ich kann nicht nur Perspektiven anbieten, sondern es muss gleichsam auch der Nährboden dazu bereit sein. Wenn wir nun diese marginale Gruppierung der AusländerInnen, welche schlecht integrierbar sind und die SR Feurer im richtigen Kontext beleuchtet hat, anschauen, dann müssen wir klar sehen, dass es sich hier um eine ganz kleine Anzahl von jungen Leuten handelt, welche mit falschen Vorstellungen und aufgrund der bundesrechtlichen Möglichkeiten, dass man bis zum Alter 18 Familiennachzug tätigen kann, in die Schweiz kommen. Dies erfolgt in einer Zeit, wo wir diese Jugendlichen nicht mehr in der Volksschule erfassen können, wo wir das entsprechende Saatgut nicht mehr einpflanzen können, wozu unsere Schule durchaus in der Lage wäre - auch die Realschule. Wir haben eine gute Realschule. Sie kommen aus bildungsfernen Schichten. Das darf man hier sagen, weil man ja billige Arbeitskräfte will. Es ist nicht die Elite der Eltern, die hier ist, sondern das sind einfache Leute. Sie haben keinerlei sprachliche Kompetenzen, kennen kaum ihre eigene Sprache genügend auf dem Niveau der Hochsprache. Wie sollen sie denn in einem Umfeld, wo eben auch wiederum nicht die neue Sprache gesprochen wird, motiviert sein, diese Angebote, die wir sehr wohl haben, zu nutzen? Dazu kommt noch die Tatsache, dass sie ganz falsche Vorstellungen haben von den Möglichkeiten, von den Perspektiven. Die Perspektiven nicht jedes Menschen sind gleich. Wichtig ist aber, dass er eine Perspektive hat und es für ihn stimmt. Aber hier stimmen die Vorstellung und die Realität nicht ganz oder manchmal gar nicht überein. Dass man dort, wo das Angebot nicht genutzt wird - es gibt sehr niederschwellige Angebote auch für den postschulischen Bereich - versucht, mit geeigneten Massnahmen diese Leute dazu zu bewegen, dass sie diese auch nützen, ist richtig.

Noch etwas zu Iren Eichenberger, zur generellen Frage der Integration. Seit zwei Jahren beschäftigen wir uns im Kanton und auch auf kommunaler Ebene in der Stadt Schaffhausen sehr intensiv mit dieser Problematik. Wir haben beim Kanton einen langen Bericht verfasst über die Ausländer-Integration, u.a. auch zu den sozialen Aspekten. Thomas Feurer hat soeben auch darauf hingewiesen, dass wir jetzt dann eine Initiative starten, welche gemeinsam Stadt/Kanton lanciert wird. Wir haben eine Ausländer-Koordinationsgruppe, wir haben im schulischen Bereich geeignete Instrumente. Hier werden wir noch weitere Möglichkeiten schaffen. Aber vergessen wir eines nicht: Integration setzt eben auch Integrationsbereitschaft voraus.

Abschliessend möchte ich auch noch meinen Dank an Thomas Feurer aussprechen und seine Crew. Ich hatte selber lange Jahre die Gelegenheit, in diese schwierige Arbeit Einsicht zu nehmen. Es ist immer viel einfacher zu sagen, was man tun sollte. Wenn man selbst diese Arbeit ausführt, muss man doch pragmatische Wege gehen. Diese Ansätze sind hier sehr positiv. Ein Dank verdient auch der Interpellant Thomas Hauser. Er hat es verstanden, in seiner Interpellation ein Thema, welches immer ein wenig ein Tabu gewesen ist, hier sachlich auf den Tisch zu bringen. Unsere Diskussion heute hat gezeigt, dass wir in der Lage sind, dies wirklich auch menschengerecht zu besprechen."

### **Stadtrat Th. Feurer**

"Ich bin beeindruckt vom Interesse, welches diese Interpellation ausgelöst hat. Ich werde den Inhalt dieser engagierten Voten gerne auch an einer nächsten Besprechung mit meinen MitarbeiterInnen hinüber bringen. Es ist daraus ersichtlich, dass die MitarbeiterInnen im Sozialreferat nicht allein sind.

Es ist keine einfache Arbeit. Wir produzieren nur rote Zahlen. Da wäre ich manchmal auch lieber für das EW verantwortlich, wo man die Zähler laufen lassen und schwarze Zahlen schreiben kann.

Ich möchte noch zu zwei, drei Voten Stellung nehmen.

Zu Urs Tanner bzw. Christian Hablützel: Ich bin Sozialreferent und nicht Innovationsreferent. Ich sehe diese Wolken am Konjunkturhimmel auch. Aber bei diesem Job muss man an Verbesserungen glauben. Trotzdem ist die Prognose nicht bei halb geschlossenen Augen erfolgt. Tatsache ist, dass wir in Schaffhausen eine extrem strukturelle Schwäche gehabt haben mit dieser Industrielastigkeit. Es ist verfehlt, zu sagen, dass dies vorbei ist. Der Mix zwischen Industrie, Dienstleistung und Verwaltung ist auch heute noch unbefriedigend. Wir sind immer noch zu industrielastig. Der Strukturwandel ist noch nicht abgeschlossen. Die relativ grosse Anzahl an unqualifizierten oder ungenügend qualifizierten Leuten ist eine Folge dieser industriellen Vergangenheit. Die Umkrepelung der Industrie in Schaffhausen in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre war vom Ausmass und von der Geschwindigkeit her, in der diese ablief, enorm."

Der Sozialreferent nimmt weiter Bezug auf das Votum von Urs Tanner bezüglich Rückkehrmassnahmen. Er wiederholt seine bereits an anderer Stelle präzierte Haltung in dieser Sache.

Bezüglich Projekt "Nagelfabrik" bedauert es der Sozialreferent, dass dieses angepriesen wurde, bevor detaillierte bauliche Abklärungen vorlagen. Er nimmt dies auf seine Kappe. Er wird sich bemühen, raschmöglichst eine Alternative zu finden.

SR Feurer greift ferner das Votum von A. Cadario auf. "Wir haben mit Frauen in der Sozialhilfe und -Beratung praktisch keine Probleme. Wenn wir Probleme haben, sei es Gewalt, seien es übertriebene Forderungen, sei es Nichteinhalten von Abmachungen, sind es in den allermeisten Fällen Männer. Und wenn es ausnahmsweise Frauen sind, so sind es die Männer im Hintergrund, welche die Frauen dazu bringen, sich so zu verhalten. Das ist die Tatsache. Das ist auch ein Kompliment an die Frauen, welche sehr viel Verantwortung übernehmen. Ich denke insbesondere an die allein erziehenden Mütter, welche eine Riesenarbeit leisten, und die wir in diesen Fällen auch gerne unterstützen.

Zu Raphaël Rohner und der Perspektivenentwicklung: Ich kann Dir beipflichten. Perspektiven für Leute durch Ressourcenabklärung heisst ganz klar nicht Neigungsabklärung sondern Eignungsabklärung und Förderung der Flexibilität. Flexibilität ist eine ganz entscheidende Voraussetzung. Es ist nicht verständlich, dass Schaffhausen mit einer Distanz von 38 Zugminuten zu Zürich nicht mehr profitiert von diesem Boom im Raum Zürich. Das hängt auch sehr stark mit der Flexibilität in den Köpfen zusammen. Wenn man lange arbeitslos ist und mit dem Taglohn-Bus abgeholt wird oder sich dort melden muss usw. kann man sich gar nicht mehr vorstellen, dass die Arbeitsstelle mitunter 30 oder 60 Minuten vom Wohnort entfernt sein könnte. Deshalb muss bei diesen Leuten, welche wir in die Schulung schicken, zuerst diese Blockade gelöst werden. In der Schulung geht es nicht nur darum, z.B. den Umgang mit einem PC zu erlernen, sondern es geht auch um prinzipielle Sachen.

Zur Frage von Roland Schöttle: Da haben wir ein Problem. Die gesetzlichen Grundlagen werden in die kantonale Vernehmlassung geschickt. Ich kann Ihnen als

Beispiel sagen, dass die Vernehmlassung zur Betäubungsmittelgesetz-Revision nicht bei den Städten, welche wahrscheinlich 99% der Probleme haben, gelandet ist. Nicht einmal der Städteverband wurde offiziell eingeladen, Stellung zu beziehen. Angefragt wurden hingegen der TCS und andere Vereine. Da wird die Gewaltentrennung wirklich in extensio betrieben. Wir Gemeinden werden bestensfalls via Kanton angehört. Da sind uns zum Teil schon die Hände gebunden. Die SKOS, welche ich erwähnt habe, die die Richtlinien erlässt, hat in der Zwischenzeit auch Vorschläge bezüglich Sanktionen gemacht und Ideen entwickelt, wie wir wegkommen können vom heutigen Strafsystem zum Belohnungssystem. Meiner Meinung nach sollten die Minimalansätze bei der Sozialhilfe tiefer gelegt werden und dann, wenn jemand mitmacht und die gebotenen Möglichkeiten wahrnimmt, sollte er/sie belohnt werden. Heute ist es so, dass die Leute quasi das Maximum bekommen. Bei Nichtwohlverhalten müssen wir ein rekursfähiges Sanktionsverfahren einleiten. Das ist absolut unbefriedigend. Wir müssen das Mitmachen belohnen, und nicht das Nichtmitmachen bestrafen.

Noch ein letztes Wort zur Integration. Es wurden schon Dutzende von Millionen Franken für Studien ausgegeben, deren Ergebnisse ganze Schränke füllen, die uns jedoch nicht weiter bringen. Ich finde, dass die nächsten Franken an der Front und auf der Strasse eingesetzt werden sollten. Vielleicht sind wir dann etwas erfolgreicher."

**Thomas Hauser (FDP)**                      Schlusswort des Interpellanten

"Ich bedanke mich für diese fruchtbare Diskussion. Es sind Lösungsansätze vorhanden. Das Problem ist erkannt. In welcher Reihenfolge die Vorschläge, welche ich gemacht habe, umgesetzt werden, ist mir egal. Aber so geht es nicht weiter. Das andere Thema, welches Christian Hablützel angesprochen hat, liegt wahrscheinlich eine Ebene höher und wird uns noch lange beschäftigen.

Mit meiner Interpellation wollte ich bezwecken, dass die Missbräuche (Sozialtourismus) eingedämmt werden. Es ist mir klar, dass die Kantonalisierung diesen Sozialtourismus nicht aufhebt. Aber er müsste dann auch von den übrigen SH-Gemeinden mitfinanziert werden. Das wäre schon ein wesentlicher Beitrag. In diesem Sinne bin ich sehr zufrieden mit dem heutigen Abend und danke allen RednerInnen."

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle bricht der Ratspräsident die Beratung der Traktanden ab und schliesst die heutige Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

**Nächste Ratssitzung: Di 28. August 2001**